

C. Protokolle der Sitzungen des Beratenden Landesausschusses von Groß-Hessen

1. Eröffnungssitzung am 26. Februar 1946 im Deutschen Theater Wiesbaden¹

Tagesordnung

1. Eröffnung durch Ministerpräsident
2. Ansprache des Vertreters der Militärregierung
3. Rede des Ministerpräsidenten
4. Reden der Staatsminister
5. Erklärungen der vier Parteien
6. Übernahme des Amtes des Vorsitzenden durch Minister Dr. Hilpert und kurze Ansprache von Minister Dr. Hilpert
7. Beschlußfassung über eine von den vier Fraktionen vorzulegende Resolution
8. Wahl des Geschäftsführenden Ausschusses
9. Festsetzung des nächsten Vollsitzungstermins

Anwesend waren:

Vertreter der Militärregierung

Major Yakoubian
ein Dolmetscher

Vertreter des Staatsministeriums

Ministerpräsident Prof. Dr. Geiler
Stellv. Ministerpräsident Dr. Hilpert
Innenminister Venedey
Wiederaufbauminister Binder
Arbeitsminister Müller
Justizminister Zinn
Wirtschaftsminister Dr. Mueller
Finanzminister Dr. Mattes
Landwirtschaftsminister Häring
Staatssekretär und Chef der Staatskanzlei Dr. Swart

¹ Das ehemalige Wiesbadener „Preußische Staatstheater“ war 1935 von Reichsminister Goebbels in ein „Deutsches Theater“ umgewandelt und seinem Ministerium unterstellt worden. Am 1. August 1946 sollte ein Vertrag zwischen der Stadt Wiesbaden und dem Land Groß-Hessen in Kraft treten, der die neue Rechtsform des nun „Großhessischen Staatstheaters“ regelte. Vgl. Schwitzgebel, 100 Jahre, S. 46.

Fraktionsvertreter

Dr. Erich Köhler, CDU
 Wilhelm Knothe, SPD
 Wilhelm Schwarzhaupt, LDP
 Walter Fisch, KPD

die Mitglieder des Landesausschusses der vier Parteien
 die Öffentlichkeit

Beginn: 14.30 Uhr

1. Eröffnung durch den Ministerpräsidenten

Der Herr Ministerpräsident eröffnet die Sitzung mit einer Ansprache gemäß Anlage 1 zu diesem Protokoll.

2. Ansprache des Vertreters der Militärregierung

Sodann bittet der Herr Ministerpräsident Major Yakoubian, das Wort zu nehmen, der nun gemäß Anlage 2 zu diesem Protokoll spricht. Die Ansprache wird sofort ins Deutsche übersetzt.

3. Rede des Ministerpräsidenten

Es folgt die Rede des Herrn Ministerpräsidenten gemäß Anlage 3 zu diesem Protokoll.

4. Reden der Staatsminister

Der Herr Ministerpräsident bittet nun die Staatsminister, in der Reihenfolge ihres Alters das Wort zu ergreifen.

Es sprechen:

- | | |
|--------------------------|-----------|
| 1) Minister Häring | Anlage 4 |
| 2) Minister Binder | Anlage 5 |
| 3) Minister Dr. Mattes | Anlage 6 |
| 4) Minister Oskar Müller | Anlage 7 |
| 5) Minister Zinn | Anlage 8 |
| 6) Minister Venedey | Anlage 9 |
| 7) Minister Dr. Mueller | Anlage 10 |

Ministerpräsident Prof. Geile':

Ich danke dem Herrn Wirtschaftsminister für seine Ausführungen, unter denen ja die Mitteilungen besonders erfreulich waren, daß die Verhandlungen in Frankfurt anläßlich der Zusammenkunft mit den Wirtschaftsministern und Wirtschaftsleitern der britischen Zone einen guten Verlauf nehmen³. In dersel-

² Prof. Dr. Karl Geiler (1878-1953), parteilos, hatte Rechtswissenschaft in Freiburg, Berlin und Heidelberg studiert und war nach seiner Promotion als Rechtsanwalt tätig. Er war an der Gründung und dem Aufbau der Handelshochschule Mannheim beteiligt. 1921 erhielt er eine Professur an der Universität Heidelberg. Da seine Ehefrau „Halbjüdin“ war, wurde ihm 1939 die Lehrerlaubnis entzogen. Am 15. Oktober 1945 berief ihn die amerikanische Militärregierung zum Ministerpräsidenten des Landes Groß-Hessen. 1947 nahm er wieder seine juristische Tätigkeit auf und wurde 1948 Rektor der Universität Heidelberg. Die Verhandlungen fanden am 26. und 27. Februar statt. In einer gemeinsamen Entschlie-

ben Linie darf ich Ihnen mitteilen, daß übermorgen eine Zusammenkunft aller Regierungsleiter und Ministerpräsidenten der amerikanischen und britischen Zone in Bremen stattfinden wird, und in derselben Linie einer Überwindung dieser zonalen Einschränkung liegt es auch, wenn ich in diesem Zusammenhang ein Telegramm verlesen darf, das ich gestern im Einverständnis mit dem Staatsministerium an den Oberpräsidenten von Westfalen nach Münster habe abgehen lassen:

„Die hessische Bevölkerung und das Großhessische Staatsministerium nehmen aufrichtigen Anteil an dem schweren Grubenunglück im Ruhrgebiet⁴. Als Zeichen der solidarischen Verbundenheit auch über die Zonengrenzen hinaus, stellt das Staatsministerium Ihnen einen Betrag von 250000 RM als Beihilfe für die betroffenen Familien zur Verfügung. Das Staatsministerium hat gleichzeitig beschlossen, dann auch noch eine Sammlung in der Bevölkerung für diesen Zweck in die Wege zu leiten.“

Ich darf in diesem Zusammenhang an die Bevölkerung Hessens appellieren, daß sie diesem Aufrufe nachkommen wird.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, sehr verehrte Mitglieder des Landesausschusses, ich darf nun annehmen, daß die Vertreter der vier antifaschistischen Parteien das Wort ergreifen wollen, wobei es den Herren überlassen bleibt, ob sie lieber hier oben oder unten sprechen wollen.

5. Erklärungen der vier Parteien

Es spricht als erster Herr Wilhelm Knothe, Mitglied der sozialdemokratischen Landesausschuß-Fraktion Groß-Hessen. Wortlaut der Rede siehe Anlage 11 zu diesem Protokoll.

Es folgen sodann die Ausführungen von Herrn Dr. Köhler, Vertreter der Fraktion der CDU im Beratenden Landesausschuß. Wortlaut der Erklärung siehe Anlage 12 zu diesem Protokoll.

Sodann spricht der Landesvorsitzende der Kommunistischen Partei Deutschlands, Herr Walter Fisch. Wortlaut siehe Anlage 13.

Und als vierter Herr Oberschulrat Schwarzhaupt als Vertreter der Liberal-Demokratischen Fraktion. Wortlaut siehe Anlage 14.

Ministerpräsident Prof. Geiler:

Soweit die Herren Fraktionsredner unserer Regierungstätigkeit Anerkennung gezollt haben, möchte ich im Namen des Staatsministeriums den Dank für diesen Ausdruck des Vertrauens aussprechen. Soweit kritische Töne angeklungen

⁴βung betonten die Delegierten, daß die Zonen als Teile eines einheitlichen deutschen Wirtschaftsgebietes anzusehen seien und Sonderinteressen der einzelnen Zonen nicht bestimmend für den Wirtschaftsverkehr sein dürften. Vgl. Abdruck der Entschlieβung in HStAW Abt. 502 Nr. 388.

Am 20. Februar 1946 waren 498 deutsche Bergleute und drei englische Offiziere auf der Grube „Monopol Grimberg“ bei Unna von einem Unglück überrascht worden, das 421 Menschenleben forderte. Vgl. FR, 22. Februar 1946.

sind, zeigen mir diese Töne gerade die Notwendigkeit und Richtigkeit des von uns geschaffenen Landesausschusses, wobei ich noch betonen möchte, daß dieser nicht von der Militärregierung geschaffen worden ist, sondern daß er in dem von dem Staatsministerium herausgegebenen und von mir unterzeichneten Staatsgrundgesetz als Institution vorgesehen ist. Ich schließe mich einerseits dem Appell, alles grundlegend zu verbessern und möglichst fruchtbare Arbeit zu leisten, an; andererseits freue ich mich aber auch auf die sachliche Auseinandersetzung und vielleicht ergibt sich bei dieser sachlichen Auseinandersetzung, daß man nicht unbedingt einer Partei angehören muß, um Politiker zu sein. Es wird mir auch eine besondere Befriedigung sein, in dem hoffentlich bald von Ihnen zu bildenden Ausschuß⁵ den Nachweis erbringen zu können, daß von irgendwelcher undemokratischer Haltung des bisherigen Kultusministers nicht die Rede sein kann, und es ist mir gerade in diesem Zusammenhang ein persönliches Bedürfnis, dem bisherigen Kultusminister Prof. Dr. Böhm meinen Dank für seine wertvollen Dienste auszusprechen.

(Beifall)

6. Übernahme des Amtes des Vorsitzenden durch Minister Dr. Hilpert und kurze Ansprache von Minister Dr. Hilpert

Ministerpräsident Prof. Geiler:

Meine Damen und Herren, nun noch eine persönliche Erklärung. In dem vom Staatsministerium erlassenen Staatsgrundgesetz⁶ ist vorgesehen, daß der Ministerpräsident den Vorsitz in dem Beratenden Landesausschuß führt. Er kann aber auch den Stellvertretenden Ministerpräsidenten mit seiner Vertretung beauftragen. Da ich es nicht für richtig halte, daß der Ministerpräsident selbst auch die Präsidentschaft in Ihrem Ausschuß hat, habe ich mich entschlossen, den Stellvertretenden Ministerpräsidenten, Herrn Minister Dr. Hilpert, zu beauftragen, den dauernden Vorsitz in dem Beratenden Landesausschuß zu übernehmen. Ich danke ihm auch für diese neue Mitwirkung bei meiner mühevollen Regierungstätigkeit und darf ihn bitten, nun den Vorsitz des Landesausschusses hiermit zu übernehmen.

Gemeint ist der Kulturpolitische Ausschuß, der am 26. April 1946 zum ersten Mal tagen sollte.

⁶ Kultusminister Prof. Dr. Franz Böhm (1885-1977), CDU, hatte Ende Oktober 1945 sein Amt angetreten. Er zog jedoch im Dezember 1945 die Unnade der amerikanischen Besatzungsmacht auf sich, als er sich in einer Radioansprache positiv über das humanistische Gymnasium äußerte. Die Militärregierung, die das deutsche Schulsystem durchlässiger gestalten wollte, sah es als einen Vertrauensbruch an, daß der Minister sich nicht vorher mit den amerikanischen Erziehungsbeamten abgestimmt habe. Böhm trat daraufhin im Februar 1946 von seinem Amt zurück. Vgl. Schlander, Re-education, S. 204; Kropat, Stunde Null, S. 288.

⁷ Das Staatsgrundgesetz des Staates Groß-Hessen war am 22. November 1945 erlassen worden. Artikel 9 des Gesetzes legte die Einberufung eines Beratenden Landesausschusses als Vorläufer einer künftigen Volksvertretung fest. Es ist veröffentlicht in GVBl. 3 (1945), S. 23.

Vorsitzender Dr. Hilpert⁸:

Zunächst darf ich Ihnen, Herr Ministerpräsident, danken für das Vertrauen, das Sie mir erweisen, indem Sie mir als Ihrem Stellvertreter den Vorsitz des Beratenden Landesausschusses gemäß Artikel 9 des Staatsgrundgesetzes übertragen haben.

Nun, meine Damen und Herren vom Landesausschuß, wenn wir nach dreizehn Jahren nun zum ersten Mal mit dem Beratenden Landesausschuß den Boden parlamentarischer Übung betreten, so möchte ich bei dieser Arbeit als Vorsitzender des Landesausschusses zwei Ziele — wohl auch in Ihrem Einvernehmen, meine Damen und Herren — als erstrebenswert herausstellen. Das eine Ziel ist, von vornherein die Arbeiten des Landesausschusses so unparteiisch und objektiv zu leiten, daß auch in der Bevölkerung mit Vertrauen die Arbeit des Landesausschusses verfolgt wird. Die Würde des Vorparlaments zu wahren, wird meine Hauptaufgabe sein. Das zweite Ziel ist, trotz der Tatsache, daß der Landesausschuß zunächst nur eine beratende Funktion hat, ihn zu einem lebendigen Mitarbeiter für die Regierung zur Lösung all der Schwierigkeiten und dringlichen Probleme des Tages werden zu lassen.

In diesem Sinn will ich mit allen meinen Kräften versuchen, mein Amt als Vorsitzender des Landesausschusses auszuüben, und bitte Sie, mich in diesem Streben nach Kräften zu unterstützen.

7. Beschlußfassung über eine von den vier Fraktionen vorzulegende Resolution

Herr Zinnkann:

Meine Damen und Herren, im Auftrag der vier Parteien habe ich nachstehende, gemeinsam unterzeichnete Erklärung abzugeben.

„Die Fraktionen der SPD, der CDU, der KPD und der LDP nehmen das erstmalige Zusammentreten des Landesausschusses des Landes Hessen am 26. Februar 1946 zum erwünschten Anlaß, um sich im Namen der großhessischen Bevölkerung in folgender einmütiger Erklärung zusammenzufinden:

Das die gegenwärtige Lage des deutschen Volkes entscheidend bestimmende Erbe der verbrecherischen, katastrophalen Politik des Hitler-Regimes ist die Zerschlagung unserer politischen und wirtschaftlichen Einheit.

Die Not von Land und Volk verlangt demgegenüber gebieterisch die Feststellung, daß die elementarste Voraussetzung jeder dauernden Lebensmög-

⁸ Dr. Werner Hilpert (1897-1957), CDU, studierte Volkswirtschaft und Philologie. Er war Landesvorsitzender der sächsischen Zentrumspartei. Bis zu seiner Entlassung 1933 arbeitete er als Direktionssekretär bei der Sächsischen Staatsbank Leipzig und als Steuer- und Wirtschaftsberater. Seine Tätigkeit als Wirtschaftsberater übte er noch bis 1939 aus, wurde dann aber aufgrund seiner Verbindungen zu jüdischen Klienten verhaftet und bis Kriegsende im KZ Buchenwald inhaftiert. Nach dem Krieg kam er durch Eugen Kogon nach Hessen, wurde Mitbegründer der CDU in Hessen und blieb bis 1952 ihr Landesvorsitzender. Von November 1945 bis September 1946 war er Stellvertretender Ministerpräsident und Minister ohne Ressort. Er übernahm im Oktober 1946 das Wirtschafts- und Verkehrsministerium und wurde im Kabinett Stock 1947 Finanzminister. Werner Hilpert gehörte zum linken Flügel der CDU und hatte maßgeblichen Anteil an der Hessischen Verfassung.

lichkeit unseres Volkes in der Wiederherstellung dieser politischen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands besteht.

Die Konferenz von Potsdam' hat festgelegt, daß während der Dauer der Besetzung ganz Deutschland als eine wirtschaftliche Einheit behandelt und unter der Leitung von Staatssekretären deutsche zentrale Verwaltungsbehörden, namentlich auf dem Gebiet der Finanzen, des Verkehrs- und Nachrichtenwesens, des Außenhandels und der Industrie, geschaffen werden sollen. Wir geben der Hoffnung Ausdruck, daß diese, die wesentlichsten Vorbedingungen der wirtschaftlichen und sozialen Lebensmöglichkeiten unseres Volkes anerkennenden Grundsätze so bald wie möglich in die Wirklichkeit umgesetzt werden. Wir bekennen uns darüber hinaus zu der Erwartung und dem Verlangen, daß der Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands auch die seiner politischen Einheit folgt. Auf der Grundlage einer sinnvollen Ländergliederung, unter schärfster Ablehnung eines jeden Separatismus, soll ein politisch einheitliches Deutschland die entscheidenden Lebensfragen unseres Volkes lösen.

Wir wollen, daß ein so gestaltetes Deutschland, erfüllt von wahren demokratischen Geist, recht bald seinen Platz unter den Vereinten Nationen einnehmen möge.

Wiesbaden, 23. Februar 1946 "

Vorsitzender Dr. Hilpert:

Ich glaube wohl, daß diese EntschlieÙung jedem Deutschen aus dem Herzen gesprochen ist, und darf den Herrn Ministerpräsidenten bitten, diese EntschlieÙung auch in der geeigneten Form den in Frage kommenden Stellen zuzuleiten.

8. Wahl des Geschäftsführenden Ausschusses

Vorsitzender Dr. Hilpert:

Wir kommen damit zu der ersten praktischen Arbeit. Somit ist es heute noch notwendig, um möglichst schnell die Arbeit des Landesausschusses beginnen zu lassen, den Geschäftsführenden Ausschuß zu wählen, dessen Aufgabe es zunächst sein wird, die von dem Staat vorgelegte Geschäftsordnung ¹⁰ zu überprüfen, um durch Zustimmung oder Abänderungswünsche den Ministerpräsidenten baldigst in stand zu setzen, dieses Statut baldigst in Kraft zu setzen, damit die praktische Arbeit erfolgen kann.

Ich darf fragen, ob hinsichtlich der Wahl des Geschäftsführenden Ausschusses Vorschläge gemacht werden?

Die Potsdamer Konferenz hatte vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 auf Schloß Cecilienhof unter Teilnahme Englands, der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten stattgefunden. Über die Ergebnisse der Verhandlungen vgl. die „Amtliche Verlautbarung über die Berliner Konferenz der drei Mächte“ in Ursachen und Folgen, Bd. 23, S. 477-491, sowie Ernst Deuerlein: Deklamation oder Ersatzfrieden? Die Konferenz von Potsdam 1945. Stuttgart u.a. 1970.

¹⁰ Exemplare der Geschäftsordnung sind enthalten in NL Geiler HStAW Abt. 1126 Nr. 3 sowie in AHLT Abt. OBLA 01 Nr. B.

Von den Parteien werden vorgeschlagen

von der SPD:

Herr Witte
Herr Zinnkann
Herr Wittrock
Herr Knothe

von der CDU:

Fräulein Sevenich
Herr Leweke
Herr Graf Matuschka-Greifflenclau
Herr Dr. Köhler

von der KPD:

Herr Bauer
Herr Krüger

von der LDP:

Herr Wilhelmi
Herr Schwarzhaupt

Vorsitzender Dr. Hilpert:

Damit dürfte der nach der Geschäftsordnung mit zwölf Mitgliedern zu besetzende Geschäftsführende Ausschuß nunmehr gewählt sein. Ich darf fragen, ob sonst noch irgendwelche Anträge für die heutige Sitzung vorliegen? — Ich stelle fest, daß dies nicht der Fall ist.

Ich schließe damit die heutige erste Vollsitzung, indem ich zunächst noch den Herrn Ministerpräsidenten entschuldige, der vor einigen Minuten weggegangen ist, weil er nach Frankfurt zur Tagung der Sachverständigen der Wirtschaft im englisch-amerikanisch besetzten Gebiet zurückfahren mußte.

Ich schließe mit dem Wunsche, daß die erste Vollsitzung ein verheißungsvoller Auftakt zu unserer gemeinsamen Arbeit ist und daß wir bald zu einer praktischen Arbeit kommen.

Ich darf die Herren des Geschäftsführenden Ausschusses bitten, noch etwas hierzubleiben; wir wollen uns noch über einige technische Fragen unterhalten.

Beschluß: Die erste Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses wurde auf Samstag, 2. März 1946, vormittags 9.30 Uhr, festgesetzt, und zwar im Kabinett-Sitzungszimmer der Staatskanzlei.

9. Festsetzung der nächsten Vollsitzung des Landesausschusses

Vorsitzender Dr. Hilpert:

Wollen Sie bitte in dieser Sitzung am Samstag den Termin für die nächste Vollsitzung des Beratenden Landesausschusses vorschlagen. Machen Sie dann auch gleichzeitig Vorschläge für die Arbeitsausschüsse.

Schluß der ersten Sitzung des Beratenden Landesausschusses etwa 18.15 Uhr

Anlagen

1. Eröffnung durch Ministerpräsident Prof. Dr. Geiler
2. Ansprache des Vertreters der Militärregierung Major Yakoubian

3. Ansprache von Ministerpräsident Prof. Dr. Geiler
4. Bericht des Ministers für Ernährung und Landwirtschaft Häring
5. Bericht des Ministers für Wiederaufbau und politische Bereinigung Binder
6. Bericht des Ministers der Finanzen Dr. Mattes
7. Bericht des Ministers für Arbeit und Wohlfahrt Müller
8. Bericht des Ministers der Justiz Zinn
9. Bericht des Ministers des Innern Venedey
10. Bericht des Ministers für Wirtschaft und Verkehr Dr. Mueller
11. Erklärung von Wilhelm Knothe für die SPD-Fraktion
12. Erklärung von Dr. Erich Köhler für die CDU-Fraktion
13. Erklärung von Walter Fisch für die KPD-Fraktion
14. Erklärung von Wilhelm Schwarzhaupt für die LDP-Fraktion

Anlage 1

Eröffnung durch Ministerpräsident Prof. Dr. Geiler

Als Ministerpräsident des Landes Groß-Hessen eröffne ich hiermit die erste Sitzung des Beratenden Landesausschusses. Ich begrüße die anwesenden Herren der amerikanischen Militärregierung, ferner die zahlreichen Ehrengäste und sodann die zum ersten Mal versammelten Mitglieder des Landesausschusses selbst.

Die Einberufung des Ausschusses ist durch mich gemäß Artikel 9 des Staatsgrundgesetzes erfolgt, und zwar in der Weise, daß ich je zwölf Vertreter der vier antifaschistischen Parteien im Einverständnis mit diesen zu Mitgliedern des Landesausschusses ernannt habe.

Die amerikanische Militärregierung und das Staatsministerium haben es dabei in gleicher Weise für richtig gehalten, dieses erste Zusammentreten des Landesausschusses in der Form eines feierlichen, festlichen Aktes zu vollziehen. Es soll damit der politischen Bedeutung Ausdruck gegeben werden, die in der Bildung dieses Landesausschusses liegt. Wenn er zunächst auch nur ein beratender Ausschuß ist, so ist damit doch der erste bedeutungsvolle Schritt zur Herbeiführung einer demokratischen Volksvertretung getan. Das eigentliche Volksparlament Groß-Hessens wird dann in wenigen Monaten zunächst als verfassungsgebende Körperschaft an die Stelle des Beratenden Landesausschusses treten. Die Schaffung des jetzigen Ausschusses soll die Zeit bis zum Zusammentreten des richtigen Landtages überbrücken. Mir selbst und den übrigen Mitgliedern des Staatsministeriums ist durch die Bildung des jetzigen Ausschusses die erfreuliche Gelegenheit gegeben, nun die Regierungsgeschäfte in stärkerer Fühlung mit den politischen Parteien vorzunehmen, als dies bisher möglich war. Ich habe schon in meiner Antrittsrede vom Oktober 1945 ausgeführt, daß ich auf diesen Kontakt mit den politischen Parteien größtes Gewicht lege. Wenn bisher die Fühlungnahme mit den politischen Parteien sich noch nicht ganz in der erwünschten Weise durchführen ließ, so waren, wie ich namentlich auch für meine Person versichern kann, nicht irgendwelche autoritären Tendenzen die Ursache, sondern die Anfangsschwierigkeiten, die naturgemäß in dem ersten völlig neuen

Aufbau des Staatsministeriums lagen und durch die erdrückende Fülle der Tagesarbeit, verbunden mit der starken Inanspruchnahme durch auswärtige Sitzungen, namentlich durch die Sitzungen des Länderrats " und seiner Ausschüsse.

Um so mehr begrüße ich es, daß nun in dem Landesausschuß ein Instrument geschaffen ist, das es der Staatsregierung ermöglicht, nicht nur die wichtigeren Gesetze in dem Ausschuß zu beraten, sondern sich dort auch über bedeutungsvolle Einzelfragen und Situationen auszusprechen.

Ich möchte danken daher auch den Herren der amerikanischen Militärregierung, daß sie die Bildung dieses Landesausschusses genehmigt und gefördert haben, und darf nun zunächst Herrn Major Yakoubian bitten, das Wort zu nehmen.

Anlage 2

Ansprache des Vertreters der Militärregierung Major Yakoubian

1. Minister President Professor Dr. Geiler, Ministers of the Cabinet, and Members of the Advisory Council!
2. These few words of welcome that I shall address to you in the name of the Military Government, are expressed in the spirit of an onlooker – who comes forward now to claim a small part of the credit due to those who have made possible the expression of free will and desire for self-government implied by your presence here.
3. By far the larger part of the credit, of course, is due to you members of this Council, who have offered your services to aid and advise the Government of Professor Dr. Geiler, in anticipation of the time soon to come, when a great many of you will be called upon by your fellow citizens to assume full responsibility for the administration of their government.
4. The word democracy has no one set definition, for its concept is subject to various interpretations. However, certain characteristics should be known to all:

Schon im Oktober 1945 hatte sich die amerikanische Besatzungsmacht für die Errichtung eines Länderrates in Stuttgart als koordinierendem Spitzengremium für ihre Zone entschieden. Am 17. Oktober 1945 trafen sich die Ministerpräsidenten des amerikanischen Besatzungsgebietes, Hoegner (Bayern), Maier (Württemberg-Baden), Geiler (Hessen) und Senatspräsident Kaisen (Bremen) mit dem Stellvertretenden Militärgouverneur Clay und weiteren Vertretern der Militärregierung in Stuttgart. Man einigte sich auf ein Organisationsstatut, so daß der Länderrat am 6. November 1945 seine Arbeit aufnehmen konnte. Mit dem Zusammenschluß im Länderrat entstand kein zentralistisches System, weil der Länderrat keine eigenen Hoheitsrechte und keine gesetzgeberischen Befugnisse hatte. Rechtsgrundlage war der einstimmige Beschluß der Ministerpräsidenten. Einen Überblick über Organisation und Tätigkeit des Länderrates gibt der Bestand in HStAW Abt. 528. Vgl. zudem Lia Härtel: Der Länderrat des amerikanischen Besatzungsgebietes. Stuttgart/Köln 1951.

5. One of its cardinal rules is that the government represents the majority of those governed. But this same majority has the vital responsibility of protecting the rights of dissenting minorities.
6. Democratic government is composed of normal human beings without any special intuitive gifts; therefore it should and must not object to constructive criticism.
7. Errors of judgement can and may be committed. But so long as the oppositional groups are performing their democratic duties, these mistakes are not fatal.
8. Certain rules of behaviour are essential for democracy to function and grow. The right to vote must be cherished and guarded zealously. It is the citizen's obligation to share in his government and to freely express his agreement or opposition. But whether in agreement or opposition, it is the duty of every citizen to protect the System and to combat the rise of its opponents.
9. It was the belief of many people, a year ago, that when an end should come to the long war, there would be no desire and no energy on the part of the German people for self-expression in their government, nor in any creative act. By your presence here today, you belie this pessimism, and give indication to the world that the forces of liberalism are still alive in you and in those you represent.
10. In this conviction, Military Government bids you success.

Deutsche Übersetzung:

1. Herr Ministerpräsident, meine Herren Minister, Mitglieder des Landesausschusses!
2. Die kurzen Begrüßungsworte, die ich namens der Militärregierung an Sie zu richten habe, werden vom Standpunkt eines Zuschauers ausgesprochen, der nun hervortritt, um einen kleinen Anteil des Verdienstes zu beanspruchen, das denen gebührt, die diesen Ausdruck des freien Willens und des Wunsches nach Selbstregierung, wie er durch Ihre Anwesenheit hier bezeugt wird, ermöglicht haben.
3. Natürlich gebührt der bei weitem größere Teil dieses Verdienstes Ihnen, den Mitgliedern dieses Ausschusses, die Sie Ihre Dienste zur Verfügung gestellt haben, um die Regierung des Herrn Professor Dr. Geiler zu unterstützen und zu beraten, bevor in absehbarer Zeit sehr viele unter Ihnen von ihren Mitbürgern dazu berufen werden, die volle Verantwortlichkeit für die Verwaltung ihrer Regierung zu übernehmen.
4. Für das Wort „Demokratie“ gibt es keine feststehende Definition, denn ihr Begriff ist verschiedenen Auslegungen unterworfen. Bestimmte Merkmale sollten jedoch allgemein bekannt sein:
5. Eine ihrer Hauptregeln ist die, daß die Regierung die Mehrheit der Regierten darstellt. Aber dieselbe Mehrheit trägt die lebenswichtige Verantwortung dafür, daß die Rechte andersdenkender Minderheiten geschützt werden.
6. Eine demokratische Regierung setzt sich aus gewöhnlichen Menschen ohne irgendwelche besonderen intuitiven Gaben zusammen; deshalb soll und darf sie auch einer aufbauenden Kritik nicht entgegenstehen.

7. Fehlurteile können und dürfen vorkommen. Solange die Oppositionsgruppen ihre demokratischen Aufgaben erfüllen, sind diese Irrtümer nicht verhängnisvoll.
8. Gewisse Verhaltensgrundsätze sind wesentlich für die Demokratie, wenn sie arbeiten und wachsen soll. Das Wahlrecht muß gehütet und eifrig gewahrt werden. Es ist Pflicht des Staatsbürgers, sich an seiner Regierung zu beteiligen und seine Zustimmung oder Ablehnung frei auszudrücken. Aber gleich, ob seine Einstellung bejahend oder verneinend ist, hat jeder Staatsbürger die Aufgabe, das System zu schützen und das Aufkommen von Gegnern zu bekämpfen.
9. Vor einem Jahr glaubten viele, daß nach Beendigung des langen Krieges beim deutschen Volke weder das Verlangen noch die Energie zu einer eigenen Willensäußerung innerhalb seiner Regierung oder zu einer sonstigen schöpferischen Tat vorhanden sein würde. Dadurch, daß Sie heute hier erschienen sind, strafen Sie diesen Pessimismus Lügen und legen vor der Welt Zeugnis dafür ab, daß die Kräfte des Liberalismus in Ihnen und denjenigen, die Sie vertreten, noch lebendig sind.
10. In diesem Sinne wünscht Ihnen die Militärregierung Erfolg.

Anlage 3

Ansprache von Ministerpräsident Prof. Dr. Geiler

Ich danke zunächst Herrn Major Yakoubian für seine Worte und Wünsche und darf nun selbst zu einigen allgemeineren und grundsätzlichen Ausführungen das Wort ergreifen, bevor die einzelnen Herren Minister über ihr Ressort sprechen. Wenn ich mir selbst Rechenschaft gebe, von welchen Grundgedanken ich mich bei meiner bisherigen Regierungstätigkeit habe leiten lassen, so sind es im wesentlichen die folgenden:

Im Vordergrund steht zunächst die Wiederherstellung der Rechtsidee. Es galt und gilt auch jetzt noch, das Recht wieder in seine volle Souveränität einzusetzen, ohne die ein geordnetes Staatsleben gar nicht möglich ist. Das Nazi-System hatte den Rechtsgedanken depossediert, prostituiert und an seine Stelle den Machtgedanken und schließlich Willkür und Terror gesetzt. Daß nach einer Periode solcher kaum dagewesenen Rechtlosigkeit nun die Rechtssicherheit wieder stabilisiert werden muß, versteht sich von selbst.

Erster Grundsatz meiner Regierungsleitung war und ist daher der, den Rechtsgedanken wieder auf allen Gebieten durchzusetzen und für den nötigen Rechtsschutz zu sorgen. Dabei darf nicht übersehen werden, daß wir als ein von Siegern besetztes Land noch nicht die volle Handlungsfreiheit gerade auch auf rechtlichem Gebiet haben. Ein wesentlicher Teil der namentlich in den ersten Monaten erlassenen Gesetze und Verordnungen ist daher in seinem Inhalt von der amerikanischen Militärregierung mitbestimmt. Um so begrüßenswerter ist die zunehmende Freiheit und Selbständigkeit, die uns nach und nach gerade auch auf dem Gebiete der Rechtsschöpfung eingeräumt wird. Auch bei der Schaffung der für die Wiederherstellung eines Rechtsstaates notwendigen Organisationen haben wir tatkräftige Unterstützung bei der amerikanischen Militär-

regierung gefunden. So war es möglich, die ordentlichen Gerichte wieder zu organisieren und in Gang zu setzen, wobei diese Entwicklung mit der [demnächstigen] Eröffnung des Oberlandesgerichts Frankfurt ihren einstweiligen Abschluß finden wird. Auch die Verwaltungsgerichte werden zur Zeit eingerichtet, um auch bei verwaltungsmäßigen Streitigkeiten den nötigen Rechtsschutz zu schaffen. Dabei besteht aber noch immer ein erheblicher Mangel [an geeigneten Richtern], der sich hoffentlich allmählich beheben läßt.

Aber Organisationen und Institutionen machen ein Staatsgebilde noch nicht zu einem Rechtsstaat. Es muß vielmehr auch materiell der Rechtsgedanke wiederhergestellt werden, zunächst schon durch eine gesetzliche Sicherung der staatsbürgerlichen Grundrechte, die demnächst erfolgt. Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang die Hoffnung aussprechen, daß auch der Tag nicht allzu fern sein möge, wo auch eine Inhaftnahme Deutscher nur noch auf Grund eines richterlichen Haftbefehls möglich ist.

Darüber hinaus muß aber ein lebendiges, dem Volk verständliches Recht geschaffen werden, das von einem unabhängigen und integren Richterstand angeordnet und geschätzt wird. Ich bin mir dabei sehr wohl bewußt, daß in der Bevölkerung manches, was heute noch geschieht, nicht als Recht empfunden wird. Es ist aber auch dabei nicht zu übersehen, daß wir ein besetztes Land sind. Andererseits bitte ich gerade Sie, die Mitglieder des Landesausschusses, besonders auf solche Klagen über etwaige Ungerechtigkeiten in der Bevölkerung zu achten, den Sachverhalt aufzuklären und gegebenenfalls ihn der Staatsregierung zur Kenntnis zu bringen. Ich werde, soweit dabei die Besatzungsmacht in Betracht kommt, wie schon bisher Manns genug sein, um über solche Vorfälle auch offen mit den Herren der amerikanischen Militärregierung zu sprechen. Schließlich gehört zur Wiederherstellung des Rechtsgedankens natürlich auch die Wiedergutmachung des vom Nationalsozialismus und seinen Anhängern begangenen Unrechts. Eine allgemeine gesetzliche Regelung dieses Fragenkomplexes steht bevor. Dabei ist es mir ein ganz besonderes Bedürfnis, bei dieser Gelegenheit es auch auszusprechen, daß insbesondere auch das schwere Unrecht, das der jüdischen Bevölkerung durch uns angetan worden ist, [...] wiedergutmacht werden muß, soweit dies überhaupt möglich ist.

Mit dem Rechtsgedanken im engeren Sinne muß sich aber gerade in der heutigen Zeit mehr denn je auch der Gedanke der sozialen Gerechtigkeit verbinden. Es entspricht meiner innersten Überzeugung, wenn ich sage: Das neue Deutschland muß ein soziales Deutschland sein, sonst wird es nicht sein. Das bedeutet meines Erachtens nicht, daß ein Trennungsstrich zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft zu ziehen ist. Es muß vielmehr, insbesondere angesichts der Notlage, in der wir uns befinden, versucht werden, mit allseitigem guten Willen über die Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich des Tempos und der Art der sozialen Neugestaltung hinwegzukommen und eine gemeinschaftliche Basis zu finden, die das Volksganze berücksichtigt.

Es stehen sich in dieser Beziehung nach meiner Ansicht namentlich zwei Auffassungen gegenüber, nämlich einmal die mehr autoritäre Methode, für die die Schaffung der neuen Gesellschaftsordnung der absolute Zweck ist, hinter den das Individuum und seine Freiheit zurückzutreten haben. Für die andere Me-

thode ist zwar auch die soziale Neugestaltung das Endziel, wobei aber hier dieses Endziel nicht auf Kosten des Individuums und der freien Willensentscheidung erreicht werden soll.

Für die augenblickliche Situation, in der wir uns befinden, halte ich den letzteren Weg für den richtigeren, und zwar schon deswegen, weil ich der Auffassung bin, daß nach der Dialektik der Weltgeschichte auf eine Zeit solchen Zwanges und solcher unerträglichen Unfreiheit, wie wir sie hinter uns haben, zunächst eine Periode der Wiederherstellung der individuellen Freiheit folgen muß, ehe man zu einer neuen, wenn auch andersartigen Einschränkung der persönlichen Freiheit schreitet. Ich bekenne mich daher auch in dieser Beziehung zu dem Freiheitsgedanken der Demokratie und damit auch zu einer demokratischen Durchführung des sozialen Gedankens. Wirklicher politischer Wille entsteht nur aus der Freiheit, und so glaube ich, das deutsche Volk und auch die hessische Bevölkerung richtig zu verstehen, wenn ich sage: Das deutsche Volk hat genug von dem Zellenleiter und Blockwart. Es will in Freiheit seiner Arbeit nachgehen. Es muß also nach meiner Auffassung die soziale Umgestaltung auf demokratischem Wege erreicht werden. Dabei muß jedem Aufkommen eines neuen sozialen Kapitalismus entgegengetreten werden, falls eine solche Entwicklung in einem so verelendeten Lande wie dem unsrigen überhaupt noch möglich ist. Auch müssen Konjunkturgewinne und Spekulationsgewinne, soweit sie überhaupt noch möglich sind, voll weggesteuert werden.

Neben der weitgehenden Herstellung einer sozialen Gerechtigkeit, tut dann vor allen Dingen geistige Freiheit not. Gerade hier müßte unser Volk noch sehr viel lernen. Nicht mit Unrecht haben schon Goethe und Hölderlin übereinstimmend festgestellt, daß wir zwar ein fleißiges Volk sind, daß wir aber vielfach zu wenig Mensch sind und daß über all unserer Wissenschaftlichkeit und unserer Gelehrsamkeit die Bildung des Charakters und die Bildung zum wirklichen Menschen oft zu kurz kommt.

Lassen Sie uns doch endlich herausstreben aus unserer geistigen philisterhaften Enge, die zugleich Intoleranz und Nichtachtung des Gegners statt sachlicher Auseinandersetzung mit ihm bedeutet. Deshalb bin ich auch ein ausgesprochener Feind einer neuen geistigen Fesselung irgendwelcher Art.

Selbstverständlich [...] müssen die Schuldigen an dem furchtbaren Zusammenbruch und an den vollbrachten Greueln zur Rechenschaft gezogen werden, und dies wird in dem neuen Gesetz über die politische Bereinigung, das in den nächsten Tagen für die ganze amerikanische Zone und dann wohl auch für die übrigen Zonen ergehen wird, mit aller Strenge, aber auch gerecht unter individueller Prüfung jedes einzelnen Falles geschehen. Darüber hinaus muß es sich aber um eine geistige Auseinandersetzung handeln, die nicht vom Haß erfüllt sein darf, sondern von Menschlichkeit getragen sein muß.

Das sind zum Teil die ideellen Leitgedanken, von denen ich mich bei meiner bisherigen Regierungstätigkeit habe leiten lassen. Dabei war es selbstverständlich, daß ein Hauptteil unseres Bemühens der Überwindung der schweren materiellen Not zu gelten hatte, die uns noch mit beängstigender Schwere bedrückt. Es ist hier eine außerordentlich intensive Arbeit geleistet worden, na-

mentlich auch in den Ausschußsitzungen ¹² des Länderrats. Dort hat sich auch eine besonders fruchtbare Zusammenarbeit mit den Herren der amerikanischen Militärregierung und des amerikanischen Hauptquartiers entwickelt, auf die es nicht zuletzt zurückzuführen ist, wenn wir in Groß-Hessen bis jetzt einigermaßen über die schweren Zeiten hinweggekommen sind.

Auch zu übereilten Währungsoperationen [...] haben wir uns noch nicht verstehen können, wobei ich allerdings persönlich der Auffassung bin, daß die Frage der Kaufkraftabschöpfung nunmehr in Bälde in Angriff genommen werden müßte, gerade auch unter dem Gesichtspunkt der sozialen Gerechtigkeit.

Dabei möchte ich in diesem Zusammenhang noch auf folgendes hinweisen: Die augenblickliche Notlage ist noch eine so große, daß man an grundlegende wirtschaftliche und soziale Umgestaltungen mit größter Vorsicht herangehen muß, um nicht in ein Chaos zu geraten, ganz abgesehen davon, daß zu solch grundlegenden Änderungen doch wohl auch gerade vom demokratischen Standpunkt aus die Mitwirkung der Volksvertretung geboten erscheint. So ist es zu erklären, daß das wichtige Problem der Herstellung einer Wirtschaftsdemokratie bis jetzt nur anfangsmäßig in Angriff genommen ist, wobei aber durchaus Einigkeit im Kabinett darüber besteht, daß eine neue Sozialordnung geschaffen werden muß.

Ahnlich liegen die Dinge [...] hinsichtlich der Bodenreform. Ich bin durchaus Anhänger einer Bodenreform. Ich habe schon in meiner Jugendzeit dem Kreis von Naumann und Damaschke ¹³ angehört. Ich bin mir vollständig klar darüber, daß eine grundsätzliche Agrarreform in Verbindung mit dem Siedlungsgedanken und dem Genossenschaftsgedanken durchgeführt werden muß. Es darf aber hierdurch die Ernährungslage nicht gefährdet werden. Die Reform darf daher nicht überstürzt vorgenommen werden, sondern muß mit Ruhe und Sachverstand vorbereitet werden.

In diesem Zusammenhang darf ich auch noch einmal der amerikanischen Militärregierung namens der hessischen Bevölkerung den Dank für die großzü-

¹² Die Ausschüsse des Länderrates waren zunächst entstanden, um dringende Aufgaben schnell erledigen zu können. Sie wurden teils auf Wunsch der amerikanischen Militärregierung, teils auf deutsche Initiative hin ins Leben gerufen, mußten allerdings vom Länderrat genehmigt werden. Jedes Land sollte einen Vertreter in die Ausschüsse entsenden, dem Sachverständige beratend, aber ohne Stimmrecht, zur Seite stehen konnten. Die eigentliche Aufgabe der Ausschüsse bestand darin, dem Länderrat Vorschläge zu machen und seine Beschlüsse vorzubereiten. Vgl. Härtel, Länderrat, S. 13.

¹³ Der evangelische Theologe Friedrich Naumann (1860–1919) und der Volkswirt und Sozialpolitiker Adolf Damaschke (1865–1935) hatten 1895 in Erfurt gemeinsam den Nationalsozialen Verein in dem Bemühen gegründet, die innere Verbindung von nationalem und sozialem Gedankengut zu schaffen. Nach dem Scheitern des Vereins im Jahre 1903 blieb Naumann in der Politik, wurde Reichstagsabgeordneter und zählte 1918 zu den Mitbegründern der Deutschen Demokratischen Partei, deren Vorsitzender er 1919 wurde. Adolf Damaschke zog sich nach der Auflösung des Vereins aus der Politik zurück. Seine Gedanken zur Überwindung der sozialen Not durch Beschränkung des privaten Bodeneigentums mündeten in der Idee der Besteuerung des Bodenertragszuwachses, um damit die Bodenspekulation zu verhindern. Er wurde Vorsitzender des überparteilichen „Bundes deutscher Bodenreformer“, der im Laufe der Jahre starken Einfluß auf die Bodenpolitik der Städte und die Steuerpolitik gewann.

gige Hilfe aussprechen, die sie uns ernährungsmäßig zuteil werden läßt, eine Hilfe, die aber nicht Veranlassung zu einer Verminderung der eigenen Arbeitsleistung sein darf, sondern Ansporn zu einer Steigerung derselben sein muß.

Und schließlich war [...] und ist es vor allen Dingen der deutsche Einheitsgedanke, der mich geleitet hat, und für dessen Verwirklichung ich bei allen zu treffenden Entscheidungen und abzugebenden Erklärungen nachdrücklichst eingetreten bin, wobei Verstand und Herz gleichermaßen in mir sich verbinden, um mich zu einem leidenschaftlichen Anhänger dieses Einheitsgedankens zu machen.

Als ich kürzlich nach Weimar fuhr¹⁴ und dabei zunächst den amerikanischen Schlagbaum und dann den russischen Schlagbaum passieren mußte und kurz danach ein Transparent über die Autobahn gespannt sah mit dem Aufdruck: „Thüringen grüßt Groß-Hessen“, da fiel mir der alte Dionysos-Mythos ein, jener tiefsinnige Mythos von dem griechischen Gott Dionysos, der besagt, daß der ursprünglich in ganzer Gestalt verehrte Gott, nachdem das Individualitätsbewußtsein in dem griechischen Menschen erwacht war, in viele Teile zerstückelt wurde, von denen jedes sich wund und schmerzvoll nach der früheren Einheit zurücksehnt. So zerstückelt und wund von der Trennung liegen die Teile Deutschlands da und sehnen sich nach einer Wiedervereinigung.

Dabei liegen verstandesmäßig die Dinge doch so, daß ein in Zonen aufgeteiltes Deutschland in den Abgrund gerät, wenn nicht, entsprechend den Potsdamer Beschlüssen, jedenfalls zunächst einmal die wirtschaftliche Einheit Deutschlands hergestellt wird“, und zwar muß sie bald hergestellt werden, wenn wir nicht untergehen sollen. Die materiellen Probleme der Ernährung, der Wirtschaft, des Wiederaufbaus, der Ein- und Ausfuhr, aber auch die wichtigen Fragen des Verkehrs, der Währung, der Finanzen lassen sich nicht ländermäßig und auch nicht zonenmäßig regeln. Sie können nur im ganzen, wenn auch verkleinerten deutschen Raum geordnet werden.

Die wirtschaftliche Einheit schließt aber von selbst auch die Rechtseinheit in sich, ganz abgesehen davon, daß ein verschiedener Rechtszustand in den einzelnen Zonen oder gar [...] Ländern auch eine innere Zerrissenheit bedeuten würde, die unerträglich wäre.

Aber darüber hinaus ist die Wiederherstellung auch der politischen deutschen Einheit für mich eine innere Notwendigkeit, der ich leidenschaftlich zustrebe. Nachdem die bisherige Hegemonie Preußens ihr geschichtliches Ende gefunden hat, ist nun der historische Augenblick gekommen, in dem sich der Begriff „Deutschland“ neu verwirklichen läßt, und zwar politisch ruhend auf einer Reihe von demokratischen Gliedstaaten, von denen keiner ein Übergewicht hat, und ethisch fundiert auf einem neuen Nationalgefühl, das nicht mehr in dem Drang nach äußerer imperialistischer Machtentfaltung wurzelt, sondern in der

¹⁴ Ministerpräsident Geiler war im Januar 1946 einer Einladung des thüringischen Landespräsidenten Paul gefolgt und als erster westdeutscher Ministerpräsident in ein Land der sowjetischen Besatzungszone gereist.

¹⁵ Die wirtschaftlichen Grundsätze des Abkommens legten in Punkt 14 fest, daß Deutschland während der Besatzungszeit als eine wirtschaftliche Einheit zu betrachten sei. Für bestimmte Wirtschaftsbereiche sollten gemeinsame Richtlinien festgelegt werden. Vgl. die amtliche Verlautbarung über die Konferenz in Ursachen und Folgen, Bd. 23, S. 482ff.

inneren Verbundenheit mit der deutschen Kultur und der deutschen Landschaft und das zugleich auch dem internationalen Gedanken, vor allen Dingen in der Richtung der Völkerverständigung, voll aufgeschlossen ist. Diese Völkerverständigung ist in der Zeit der Atombombe schon von selbst zu einem höchst dringlichen Gebot geworden, wenn die Völker nicht untergehen sollen.

Es ist aber auch geschichtlich die Zeit gekommen, in der, wie ich sehnlichst hoffe, der imperialistische Machtgedanke in der Welt seine Rolle ausgespielt hat. Die sozialen Probleme werden in der nächsten Zeit nicht nur bei uns, sondern auch in der übrigen Welt solche Bedeutung gewinnen, daß demgegenüber alle nationalen Machtentfaltungen in den Hintergrund treten werden. Nationen werden bleiben, aber nicht mehr als imperialistische, nationalistische, jederzeit kriegsbereite Machtorganisationen, sondern als kulturelle und wirtschaftliche Einheiten innerhalb einer Völkerorganisation, die die ganze Welt umspannt.

Lassen Sie mich mit dem Wunsche schließen, daß auch unser deutsches Volk innerlich reif sein möge für diese historische Stunde, daß es nicht aufs neue in Versuchung gerät, jenem brutalen Realismus zu verfallen, der die Götzen der äußeren Macht und der Gewalt im Innern zu Göttern erhebt und den wahren Gott der Liebe und Menschlichkeit verrät. Möge sich auch an unserem Volk das tiefe Wort Grillparzers erfüllen, das in dem Fragment „Esther“ steht, wo Mar-dochai auf die Frage: „Wie heißt Ihr, Freund?“ antwortet: „Ich heiße Mensch und bin's.“

Anlage 4

Bericht des Ministers für Ernährung und Landwirtschaft Häring¹⁶

Meine Herren Abgeordneten!

Der Aufbau des Landwirtschaftsministeriums war gehemmt durch die bekannten personellen Schwierigkeiten. Es ist jedoch gelungen, einige ausgezeichnet qualifizierte Mitarbeiter zu gewinnen, so daß die erforderlichen Neuordnungen auf den verschiedenen Arbeitsgebieten durchgeführt und die staatliche Aufsicht über die Landwirtschaftskammern ausgeübt werden kann. Um die Landwirtschaftskammern als anerkannte Berufsvertretung der Land- und forstwirtschaftlichen Betriebe im demokratischen Geiste aufzubauen, ist ein Gesetz in Vorbereitung, das dem Landesausschuß in einiger Zeit vorgelegt werden

¹⁶ Georg Häring (1885-1973), SPD, hatte den Beruf des Eisendreherers erlernt. Schon früh wurde er Gewerkschafter und Sozialdemokrat. Seit 1910 war er Arbeiter- und Parteisekretär in Aschaffenburg. 1912 ging Häring als Arbeitersekretär nach Schweinfurt und verfaßte dort eine Studie über kommunale Finanzwirtschaft. 1913 kam er als Redakteur des „Volksblattes“ nach Kassel und war dort während der Revolution 1918/19 im Zentral-Arbeiter- und Soldatenrat tätig. Häring wurde 1920 zum Stadtrat gewählt und übernahm 1923 die Position des Landesrates in der preußischen Provinzialverwaltung. Von 1926 bis 1933 gehörte er gleichzeitig dem preußischen Staatsrat an. Die Nationalsozialisten versetzten ihn in den Ruhestand. Nach Kriegsende wurde er sogleich wieder als Stadtrat in Kassel und Landeshauptmann im Bezirkskommunalverband politisch aktiv. Bei der Bildung des Kabinetts Geiler übernahm er das Ministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Forsten.

wird¹⁷. Desgleichen sind wir bestellt, das nationalsozialistische Erbhofgesetz¹⁸ durch ein Höferecht zu ersetzen, das die Erhaltung leistungsfähiger Betriebe unter gerechter Lösung der Erbensprüche der Beteiligten ermöglichen soll. Weitere Maßnahmen zur Sicherung der Landbestellung und der Ernährung sind in der Durchführung. In allen Fällen sind wir bemüht, uns mit den Ländern Württemberg/Baden und Bayern zur Rechtsangleichung zu verständigen.

Die Versorgung der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung Groß-Hessens mit Lebensmitteln ist die schwierigste Aufgabe meines Ministeriums. Die Ernte des Jahres 1945 war gegenüber dem Jahre 1944 um 25—30% geringer. Nach den Berechnungen der Sachverständigen wäre so für die Dauer des Erntejahres in Groß-Hessen eine Lebensmittelversorgung nur in Höhe von 950 Kalorien täglich gewährleistet. Eine meiner ersten Amtshandlungen hätte daher die Herabsetzung der Lebensmittelrationen um rund 30 % sein müssen, wenn nicht die amerikanische Militärregierung sich bereit erklärt und verpflichtet hätte, soviel Lebensmittel, etwa 150000 Tonnen, zu importieren, als zur Aufrechterhaltung einer Zuteilung von Lebensmitteln mit einem Nährwert von rund 1500 Kalorien täglich notwendig sind. Für diese Bereitschaft zur Hilfe bin ich der Militärregierung im Interesse der gesamten Bevölkerung äußerst dankbar. Es sind auch bereits Lebensmitteltransporte in Bremen eingetroffen und zur Verteilung gelangt. Infolge verschiedener nicht vorherzusehender Umstände konnte jedoch nur ein Teil der Mengen verschifft und von uns übernommen werden, die für die Monate Januar und Februar angekündigt waren. Dies hat zur Folge, daß die notwendige Vorratswirtschaft nicht gesichert ist, und die beteiligten Landwirtschaftsminister der drei Regierungen die Militärregierung auf den Ernst der Versorgungslage eindringlich aufmerksam machen mußten. Eventuell ist eine vorübergehende Kürzung der Rationen einzelner Lebensmittel kaum zu vermeiden.

Die Landesernährungsämter in Frankfurt am Main und Kassel wurden auf Wunsch der Militärregierung unmittelbar dem Ministerium unterstellt¹⁹; die

¹⁷ Das Gesetz wurde im Juni 1946 vorgelegt. Es regelte u.a. den Aufbau der Kammern durch freie Wahlen aller Landwirte über Gemeinde- und Kreisvertretungen unter Hinzuziehung der landwirtschaftlichen Arbeitnehmer. Vgl. den Jahresbericht des Ministeriums für Ernährung, Land- und Forstwirtschaft in HStAW Drucksachen Abt. D 509 Nr. 38, S. 13ff.

¹⁸ Das Gesetz vom Oktober 1933 schrieb vor, daß bäuerliche Wirtschaften über 7,5 Hektar als „Erbhöfe“ nicht geteilt, belastet oder gar verkauft werden durften. Vgl. Schneider, Hessen, S. 135f.

¹⁹ Für die Organisation der Ernährungswirtschaft wurden auf Anordnung der Militärregierung die früheren Bestimmungen des Reichsnährstandes übernommen. Das Landesernährungsamt in Frankfurt und seine Zweigsstelle in Kassel hatten folgende Aufgabenbereiche: Durchführung der Verbrauchsregelung, Erfassung und Marktregelung und letztendlich die Aufgaben der Marktwirtschaftsverbände. Dem Landesernährungsamt in den Kreisen nachgeordnet waren die Ernährungsämter A als Stellen der Bedarfsdeckung, die von ehrenamtlich tätigen Kreislandwirten geleitet wurden und personell als auch fachlich direkt dem Landesernährungsamt unterstellt waren. Die Ernährungsämter B waren Einrichtungen der Kreise bzw. kreisfreien Städte und mit der Aufgabe der Verbrauchsregelung betraut. Vgl. das Gutachten über die Organisation und Wirtschaftlichkeit des Landesernährungsamtes Frankfurt/M. in HStAW Drucksachen Abt. D 481 Nr. 1 e und den Jahresbericht 1945/46

Zusammenarbeit mit Württemberg/Baden und Bayern im Länderrat in Stuttgart ist auf das stärkste aktiviert²⁰. Die Fleisch- und Käseversorgung Groß-Hessens im bisherigen Umfange wird durch Zulieferung aus Bayern auf dem gegenwärtigen Stand gehalten. Hinsichtlich der Milch-, Butter-, Eier- und Fettversorgung sind wir jedoch leider auf die eigene Erzeugung angewiesen. Da wir durch die Zonenabgrenzung die Möglichkeit des Zukaufes in nennenswerten Mengen bisher nicht hatten, sind wir leider nur in der Lage, auf den Kopf der Bevölkerung im Jahre drei Pfund Zucker zu verteilen. Geringe Zuckermengen müssen für die pharmazeutische Industrie und die Imker abgegeben werden, Rohzucker auch in das Rheingaugebiet abgegeben werden. Es ist nicht möglich, für die Konditoreien und Limonadenerzeugung Zucker bereitzustellen. Unsere Bemühungen zum Ankauf von zusätzlichen Zuckermengen gehen weiter. Ich hoffe, daß die am heutigen Tage beginnenden Verhandlungen, die zur Zeit mit Vertretern der Wirtschaftsämter der englischen Besatzungszone auf verschiedenen Gebieten stattfinden, unsere Versorgungslage in absehbarer Zeit etwas erleichtern.

Es ist im Laufe der Monate alles getan worden, um eine restlose Erfassung der Lebensmittelbestände und deren Ablieferung durchzuführen²¹. Durch besondere Prüfer auf allen Gebieten der Lebensmittelerzeugung, Hofbegehungskommissionen aus Landwirten und Konsumenten und anderen Methoden der Prüfung wurde eine wesentliche Besserung erzielt. Diese Bemühungen werden fortgeführt. In allen Kreisen Groß-Hessens wird zur Zeit in den von mir angeordneten Versammlungen die Landwirtschaft über die bestehenden Schwierigkeiten unterrichtet und eindringlich an ihre soziale Verpflichtung zur Ablieferung erinnert. Ich darf zur Ehre der hessischen Landwirtschaft feststellen, daß sie überwiegend ihre Ablieferungspflicht erfüllte. Säumige wurden an ihre Verpflichtung erinnert, Verfehlungen bestraft. Von beiden Landesernährungsämtern wurden in insgesamt 978 Fällen RM 355 589,65 Geldstrafen verhängt. Einige Fälle kommen vor den Strafrichter.

Eine wesentliche Überbrückung der Versorgungsschwierigkeiten mit Lebensmitteln ist jedoch nur möglich durch Steigerung der Erzeugung. Das Ministerium ist im engsten Benehmen mit allen Stellen der Landwirtschaftskammern bemüht, eine solche zu erreichen. Leider haben alle Anstrengungen zur Beschaffung von ausreichenden Mengen Kunstdünger, von Nutz- und Arbeitstieren, Maschinen und Werkzeugen bisher, trotz der Unterstützung durch die Militärregierung, nur ungenügende Erfolge. Die restliche Bestellung aller landwirtschaftlichen und gärtnerisch nutzbaren Flächen ist unbedingt notwendig. Sa-mengut ist zum größten Teil gesichert. Eine Verordnung über Behelfsmaßnah-

des Ministers für Ernährung, Land- und Forstwirtschaft HStAW Drucksachen Abt. D 509 Nr. 38 S. 99ff.

²⁰ Schon seit November 1945 arbeiteten die drei Länder im Ausschuß für Ernährung und Landwirtschaft zusammen, dessen Aufgabe es war, gemeinsame Grundsätze für die Erfassung der landwirtschaftlichen Produktion zu schaffen, die Anbauplanung abzustimmen sowie Transport- und Verteilungsfragen, u.a. auch für die vom Ausland gelieferten Lebensmittel, zu regeln. Vgl. HStAW Abt. 528 Nr. 75.

²¹ Das Aufbringungs- und Abgabesoll in der Landwirtschaft wurde von den Landesernährungsämtern festgelegt und überprüft.

men zur Sicherung der Landbestellung wird in Kürze ergehen. Es wird alles geschehen, um eine Ertragssteigerung im möglichen Rahmen herbeizuführen.

Eine sozialpolitische Aufgabe ersten Ranges wird die Durchführung von Siedlungsmaßnahmen aller Art sein. Das Bodenreformgesetz der Militärregierung sah zunächst lediglich die Enteignung von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben über 100 Hektar Land oder 500 Hektar Forsten vor, um den politischen Einfluß des Großgrundbesitzes auszuschalten. Dieser umfaßt in Groß-Hessen allerdings nur 1311 Betriebe mit 611000 Hektar. Davon sind rund 53 000 Hektar landwirtschaftlich genutzt. Das Schwergewicht des Großgrundbesitzes in Groß-Hessen liegt im Waldbesitz. Es bestehen keine Unterlagen, wie sich dieser Besitz auf die Betriebe verteilt. Das Kabinett ist bisher zu einer abschließenden Entscheidung in dieser Frage nicht gelangt. Inzwischen wurde jedoch in einem Brief des Generals Clay²³ auf die vordringliche Ansiedlung von Ostflüchtlingen und auch von Industriearbeitern hingewiesen und das sogenannte Bodenreform-Programm der Militärregierung sehr erheblich erweitert.

Aus der Tatsache, daß in Groß-Hessen ca. 600 000 Ausgewiesene aus ehemals deutschen Ostgebieten aufgenommen werden müssen²⁴, worunter sich zahlreiche Landwirte befinden, und aus den Auswirkungen der beabsichtigten Drosselung der deutschen Industrie ergibt sich die Notwendigkeit einer umfangreichen Volksiedlung, welche in systematischer Arbeit unter Inanspruchnahme geeigneter Flächen aus dem Land- und forstwirtschaftlichen Privatbesitz, aus den Ländereien des Staates, der Gemeinden und öffentlichen Körperschaften durchgeführt werden muß. Da in einigen Gebieten Groß-Hessens der Kleinst- und Kleinbesitz vorherrscht, ist auch die Anliegersiedlung eine beachtliche Aufgabe. Bei der dichten Besiedlung des Landes und der bereits vorhandenen Bearbeitung landwirtschaftlich nutzbarer Flächen durch Betriebe aller Art, bietet die Landbeschaffung sehr erhebliche Schwierigkeiten. Die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür müssen erst geschaffen werden.

Wir sind bemüht, mit den Ländern Bayern und Württemberg/Baden eine gemeinsame Lösung für diese soziologisch bedeutsame Aufgabe der Nachkriegs-

Nachdem die Sowjetunion in ihrer Zone schon im Sommer und Herbst 1945 mit umfangreichen Maßnahmen zur Bodenreform begonnen hatte, legten die Amerikaner dem Länderrat im November 1945 einen Entwurf über ein Gesetz zur Bodenreform zur Beratung vor. Exemplar in HStAW Abt. 509 Nr. 49.

²³ Der amerikanische General Lucius Dubignon Clay (1897–1978) war Absolvent der Militärakademie Westpoint und kam 1918 in das Ingenieurkorps der Armee. Er qualifizierte sich zum Fachmann für den Ausbau von Schiffahrtsstraßen und Häfen. Während des Zweiten Weltkrieges war er Stellvertreter James F. Byrnes' als Direktor des War Mobilization Board und somit einer der wichtigsten Rüstungsmanager der USA. Im April 1945 wurde Clay zum stellvertretenden Militärgouverneur der amerikanischen Besatzungszone ernannt und übernahm im Januar 1947 das Amt des amerikanischen Militärgouverneurs in Deutschland, das er bis Mai 1949 innehatte. Er organisierte 1948 die Luftbrücke nach Berlin und galt als entschiedener Freund des jungen demokratischen Deutschlands.

²⁴ Der Verteilungsplan des Kontrollrates sah vor, daß der amerikanischen Zone 1750000 Ausgewiesene aus der Tschechoslowakei und 500000 aus Ungarn zugewiesen werden sollten. Nach einer Vereinbarung des Länderrates sollten davon 27% in Hessen aufgenommen werden, d. h. 607500 Menschen. Vgl. Hessen und das Flüchtlingsproblem, S. 9f.; Kropat, Stunde Null, S. 217.

zeit zu finden. Ziel unserer Bemühungen ist es, die Volksernährung zu bessern und zu sichern und trotzdem für 100 000 Familien aus dem Osten aus der Enge der Heimat und in der Industrie eine bescheidene Existenzgrundlage auf eigenem Boden neu zu schaffen.

Anlage 5

Bericht des Ministers für Wiederaufbau und politische Bereinigung²⁵ Binder²⁶

[...] In der Reihe der großhessischen Staatsministerien ist das von mir geführte Ministerium für Wiederaufbau und politische Bereinigung dasjenige, für das es am wenigsten Vorbilder in anderen Staatsministerien gibt und das in seinem Aufbau und in seinen Zielen durchaus neuartig ist. Ich habe nicht die Absicht, des längeren auseinanderzusetzen, warum es sinnvoll und notwendig war, außer den traditionellen Ministerien noch ein besonderes Ministerium für den Wiederaufbau und die politische Bereinigung einzurichten. Es handelt sich hier um zwei Aufgaben, die von so eminenter politischer Bedeutung und darüber hinaus von solchem Gewicht innerhalb unserer gesamten Wirtschaft sind, daß es durchaus gerechtfertigt war, für diese beiden Gebiete ein besonderes Ministerium zu schaffen. Die ungeheuren, in ihrem Ausmaß noch nie da gewesenen Zerstörungen an Wohngebäuden, Betriebsstätten und Verkehrsanlagen können nur beseitigt werden, wenn das nach einem einheitlichen Plan geschieht, wenn hinter allen Maßnahmen die einheitliche Lenkung sichtbar wird und wenn alle staatlichen Zuständigkeiten, die zu einem Neuaufbau so gewaltiger Baumassen notwendig sind, in einer Hand vereinigt sind. Ich möchte an dieser Stelle den Satz wiederholen, den ich vor einigen Tagen in der Presse veröffentlicht habe: Wiederaufbau-Ministerium bedeutet schlicht und einfach Bau-Ministerium. Es soll jene Stelle der Staatsregierung sein, an der alle Fäden des neuen Aufbaues zusammenlaufen, von wo aber auch die Impulse und Direktiven ausgehen, die trotz aller Schwierigkeiten allmählich die Beseitigung der Trümmer und den Aufbau neuer Städte und Siedlungen in Gang bringen sollen und werden.

Außer diesen Aufgaben hat man mir noch die schwierige und undankbare Tätigkeit der politischen Bereinigung übertragen. Ich habe diese Aufgabe übernommen, weil ich der Meinung bin, daß eine geistige Trümmerbeseitigung

²⁵ Das Ressort wurde am 16. August 1946 per Gesetz in Ministerium für politische Befreiung umbenannt. Vgl. GVBl. 25 (1946), S. 174.

²⁶ Gottlob Binder (1885-1961), SPD, stammte aus Württemberg. Er war Tapezierer von Beruf und wurde früh Sozialdemokrat und Gewerkschafter. Kommunalpolitisch aktiv war er als Mitglied der Sozialdeputation und der Jugendkommission der Stadt Köln. Seit 1913 arbeitete er als Gewerkschaftssekretär des Gemeindearbeiterverbandes in Bielefeld. Während der Weimarer Republik war Binder Stadtrat und Leiter der städtischen Sozialbehörde in Bielefeld. Er gehörte den Direktorengremien der Wohnungsfürsorgegesellschaft „Westfälische Heimstätte“ in Münster und der Bauvereinsbank Münster an. 1933 verlor er seine Ämter und kam in der NS-Zeit mehrmals in Haft. Nach dem Krieg war er von Juni bis Oktober 1945 Direktor des Arbeitsamtes in Frankfurt/M. In den Kabinetten Geiler und Stock war Binder von November 1945 bis März 1949 Minister für Wiederaufbau und politische Befreiung.

Voraussetzung jeden neuen Aufbaues auf allen Gebieten unseres Lebens ist. Wir müssen den Einfluß nationalsozialistischer und militaristischer Elemente unnachlässig und sorgfältig aus allen Gebieten des öffentlichen Lebens ausschalten, damit unser Wiederaufbau niemals durch Quertreibereien oder Schlimmeres beeinträchtigt wird. Wir müssen uns dabei auf der einen Seite vor Ungerechtigkeit und auf der anderen Seite vor leichtsinniger Milde hüten. In diesem Sinne habe ich meine bisherige Arbeit auf dem Gebiete der Denazifizierung betrieben. Zuerst habe ich den Aufbau der nach dem amerikanischen Gesetz Nr. 8²⁷ zu errichtenden Prüfungsausschüsse vorgenommen und die entsprechenden Durchführungsbestimmungen²⁸ erlassen. Wenn sich bei den Arbeiten der Prüfungsausschüsse hie und da noch Mängel zeigen, so liegt das in der Natur dieser außerordentlich schwierigen Sache. Ich bin aber in enger Fühlung mit allen politischen Instanzen, insbesondere mit den Parteien und Gewerkschaften, um alle irgendwo auftretenden Mängel durch entsprechende Eingriffe zu beseitigen. Im großen und ganzen glaube ich feststellen zu können, daß die Arbeit der Prüfungsausschüsse befriedigend verläuft. Die zweite Aufgabe auf dem Gebiet der Denazifizierung war der Entwurf eines deutschen allgemeinen Säuberungsgesetzes, in das die Erfahrungen aller bisherigen Säuberungsmethoden eingearbeitet sind, das mit den anderen Regierungen in vielen Beratungen abgestimmt wurde und das in den letzten Wochen in langen und schwierigen Verhandlungen mit der Besatzungsbehörde nochmals umgeformt worden ist. Die Kürze der Zeit gestattet es nicht, Ihnen die einzelnen Probleme darzustellen. Ich möchte mich nur auf die Feststellung beschränken, daß das allgemeine deutsche Säuberungsgesetz für die amerikanische Zone nun in aller kürzester Zeit in Kraft treten wird". Das wichtigste daran ist, daß mit dem Augenblick des Inkrafttretens die gesamte Denazifizierung grundsätzlich in deutsche Hände übergeht und daß wir dann die Möglichkeit haben, mit jener anfangs geforderten Gerechtigkeit und Sorgfalt auf diesem Gebiet individuell Recht zu sprechen, so daß es keinem wirklich Schuldigen mehr gelingen wird, den Maschen des Säuberungsgesetzes zu entschlüpfen, daß aber auch kein wirklich Unschuldiger mehr von

²⁷ Das von der amerikanischen Militärregierung am 26. September 1945 erlassene Gesetz Nr. 8 ordnete an, daß ehemalige Mitglieder der NSDAP in Wirtschaftsbetrieben aller Art nicht in leitender Position, sondern nur noch als gewöhnliche Arbeiter beschäftigt werden sollten. Vgl. Gesetze der Militärregierung, D 8/1; Kropat, Stunde Null, S. 235.

²⁸ In den Durchführungsbestimmungen zum Gesetz Nr. 8 vom 10. November 1945 wurde festgelegt, daß die betroffenen Personen die Möglichkeit haben sollten, bei dem zuständigen Oberbürgermeister oder Landrat des Stadt- bzw. Landkreises in einem sogenannten Vorstellungsverfahren Einspruch zu erheben. Dazu sollte in jedem Land- oder Stadtkreis durch den Landrat bzw. Oberbürgermeister ein Hauptausschuß eingesetzt werden, der die Bildung einzelner Prüfungsausschüsse zu veranlassen und deren Arbeit zu überwachen hatte. Die Prüfungsausschüsse hatten in einer mündlichen Verhandlung zu entscheiden, wobei der Ausschuß die Möglichkeit hatte, Zeugen zu vernehmen und schriftliches Beweismaterial einzubeziehen. Die Durchführungsbestimmungen finden sich in GVB1. 1 (1945), S. 1 ff.

²⁹ Bereits eine Woche später, am 5. März 1946, wurde das Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus erlassen. Die Amerikaner übertrugen damit die Aufgabe der Entnazifizierung und der Beurteilung individueller Schuld auf die deutsche Zivilverwaltung. Das Gesetz ist abgedruckt in GVB1. 7-8 (1946), S. 57ff.

einer unbilligen Sühne betroffen wird. Ich hoffe, daß das neue Gesetz, wenn es einmal eine Weile in Kraft ist, dem Gefühl von Recht und Sicherheit im Volke neue Kraft geben wird und daß dann auch jene innere Beruhigung eintritt, die wir für den Wiederaufbau so dringend brauchen.

Auch auf dem Gebiet des Wiederaufbaues sind in den etwa drei Monaten der ersten Tätigkeit die wichtigsten Grundlagen für die kommenden Arbeiten gelegt worden. Ich habe zunächst einmal, wenn man so sagen darf, eine Bestandsaufnahme der Trümmer vornehmen lassen, um die Schwere der Schäden in den besonders betroffenen Städten festzustellen und gegeneinander abwägen zu können. Gleichzeitig ist eine Bestandsaufnahme jener Kräfte im Gange, die für den Wiederaufbau erforderlich sind: der Arbeitskräfte, der Baubetriebe und vor allem der Baustoff-Erzeugungsstätten. Um nur einiges [dazu] zu sagen: Die für den Wiederaufbau zur Verfügung stehenden Kräfte stehen in umgekehrtem Verhältnis zu den ungeheuren Schäden. Zunächst liegt der schlimmste Engpaß bei der Kohle, von der alle Baustoff-Produktion abhängt. Aber selbst wenn dieser Engpaß durch normalere Kohlenzufuhren beseitigt sein wird, droht uns ein vielleicht noch schlimmerer Engpaß in dem Mangel an fachlichen Arbeitskräften. In meiner Eigenschaft als Präsident des Landesarbeitsamtes Hessen habe ich vorsorglich alle erdenklichen Maßnahmen getroffen, um durch Umschulung aller irgendwie geeigneten Arbeitskräfte zu Bauarbeitern frühzeitig einer allzu schlimmen Auswirkung jenes Mangels an Fachkräften zu begegnen. Ich bedarf aber gerade auf diesem Gebiete in besonderer Weise der moralischen Unterstützung aller Kreise des Volkes und insbesondere der Ihren, meine Herren Vertreter der politischen Parteien! Wir müssen die Bauarbeit jeder Art, angefangen von der Schuttbeseitigung mit Schippe und Hacke über die Baustoffgewinnung in Ziegeleien, Steinbrüchen, Forsten und Sägewerken bis zur qualifizierten Bauarbeit im besten Sinne des Wortes populär machen. Und dabei bedarf es nicht nur schöner Reden und Appelle, sondern dazu bedarf es vor allem entsprechender Löhne und entsprechender sozialer Einrichtungen bei den Baustoff-Erzeugungsstätten und bei den Baustellen.

Eine der wichtigsten Arbeiten meines Ministeriums auf dem Gebiet des Wiederaufbaues ist zur Zeit der Aufbau einer Organisation, durch die für jeden Bau, auch für jeden Reparaturbau, eine Genehmigung erteilt wird, und durch die gleichzeitig die Verteilung der wenigen vorhandenen Baustoffe nach Gesichtspunkten der größten Dringlichkeit vorgenommen wird. Dank der verständnisvollen Einsicht des Herrn Wirtschaftsministers, dem ich auch an dieser Stelle meinen Dank aussprechen möchte, ist vor einigen Tagen durch eine Übereinkunft zwischen unseren beiden Ministerien die gesamte Baustoff-Verteilung an das Wiederaufbau-Ministerium und seine Mittel- und Unterinstanzen übertragen worden³⁰. Dadurch ist erreicht worden, daß künftig auch die Verteilung der Baustoffe von den Stellen der staatlichen oder kommunalen Verwaltung vorgenommen wird, die aufgrund ihrer Fachkenntnisse am besten die Dringlichkeit

³⁰ Dies war auf Initiative Minister Binders geschehen, der sich davon eine straffere Bewirtschaftung auf dem Gebiet des Bauwesens erhoffte. Die Aufsicht über die Produktion der Baumaterialien verblieb beim Landeswirtschaftsamt. Vgl. das Memorandum Binders in HStAW Abt. 502 Nr. 5013.

des jeweiligen Bedarfes beurteilen können. Dabei wird die Mitarbeit der Bürgerschaft in örtlichen Ausschüssen eingeschaltet. Selbstverständlich werden von meinem Ministerium noch eingehende Richtlinien herausgegeben werden, nach denen die Dringlichkeit dieses Bedarfes zu messen ist. Daß bei der Zuteilung der Baustoffe unsere zerstörten Städte an erster Stelle stehen müssen, ist eigentlich selbstverständlich. Dort besteht nämlich die Möglichkeit, mit relativ wenigen Baustoffen große Mengen Wohnraum zu retten, wenn wir die Reparatur der großen, nur leicht beschädigten Wohngebäude vordringlich betreiben, die sonst durch Witterungseinflüsse nur zu schnell verfallen würden. Selbstverständlich können diese Reparaturen in den Städten kein Alleinrecht auf Baustoffe beanspruchen; wir müssen ja auch Baustoffe für die Besatzung verteilen, ferner für die dringenden Verkehrsbauten an Eisenbahnen und Brücken, ohne die wir sonst die Kohle als wichtigste Grundlage unserer wirtschaftlichen Existenz überhaupt nicht hereinbekommen. Wir dürfen auch dringende Bauten auf dem Lande nicht völlig vergessen, denn dort handelt es sich um die Bergung künftiger Ernten und vor allem um die Unterbringung großer Scharen von Flüchtlingen aus den Ostgebieten. [...]

Alle diese Planungsarbeiten sollen nicht ausschließlich Sache der Behörden sein. Ich möchte vielmehr die besten Köpfe des Landes dabei als fachmännische Berater gewinnen. Deshalb werde ich im Einvernehmen mit dem Herrn Ministerpräsidenten in nächster Zeit einen Aufbaurat von etwa zwölf bis vierzehn Personen [ein'berufen, der hervorragende Fachleute aus allen am Bauwesen interessierten Kreisen umfassen soll³¹. Der Aufbaurat soll im Rahmen der politischen Entscheidungen, die von Ihnen, meine Herren Vertreter der Parteien, ausgehen, Pläne und Maßnahmen meines Ministeriums begutachten und aus seiner eigenen Mitte heraus Initiativanträge und -vorschläge machen. Ich erhoffe von der Tätigkeit dieses Rates eine starke Belebung der Wiederaufbau-Tätigkeit unseres Landes.

Ich sagte vorhin, daß unsere Bautätigkeit zunächst auf dringende Notarbeiten gerichtet sein muß, wie es die Wiederherstellung von Verkehrseinrichtungen und die Reparatur beschädigter Bauten ist. Dennoch wird auch eine weitersehende Planung nicht vergessen. Stadtplanungen und auch die Planung künftiger Siedlungen auf dem Lande, in Klein- und Mittelstädten sind in Arbeit. Denn man muß schon bei den ersten praktischen Schuttbeseitigungs- und Reparaturarbeiten das Bild des kommenden Aufbaues vor Augen haben. Daß wir bei allem, bei den Notarbeiten und bei den künftigen Planungen, sparsam und bescheiden sein müssen in einem Maße, wie wir es in den vergangenen

³¹ Die erste Sitzung des großhessischen Aufbaurates fand am 9. April 1946 unter Vorsitz von Minister Binder statt. Dem Gremium gehörte je ein Vertreter aus folgenden Bereichen und Verbänden an: Städteplanung, Architekturwesen, Bauwissenschaften, Bauindustrie, Baustoffindustrie und -handel, Baugeräte und -maschinenindustrie, gemeinnütziger Wohnungsbau, privater Haus- und Grundbesitz und Baufinanzierung. Weiterhin nahmen Fachleute des Landesarbeitsamtes und des Landeswirtschaftsamtes sowie ein Vertreter der Gewerkschaften und der Landkreise an der Sitzung teil. Der Frankfurter Oberbürgermeister Dr. Blaum war für den Städtetag und Landrat Treibert stellvertretend für die Landräte Mitglied des Aufbaurates. Abdruck des Sitzungsprotokolls in HStAW Abt. 508 Nr. 2042.

Jahrzehnten nicht gewohnt waren, ist nach einer Katastrophe, wie wir sie erlebt haben, eigentlich selbstverständlich. Dennoch hoffe ich, daß alle diese Arbeiten wenigstens den Anfang einer Entwicklungslinie darstellen, die nicht mehr nach unten, sondern langsam, aber stetig nach oben verläuft.

Wiesbaden, den 25. Februar 1946

Anlage 6

Bericht des Ministers der Finanzen Dr. Mattes³²

[...] Die Finanzverwaltung Groß-Hessens wird ohne Mittelinanz aufgebaut. Diese Organisationsform ist für ein Land von der Größe Groß-Hessens die zweckmäßigste und billigste. Sie wird es gestatten, die Zentralinstanz etwa mit der Hälfte des Personals aufzubauen, das vor dem Kriege allein in den beiden Oberfinanzpräsidien vorhanden war. Diese Art der Gliederung der Verwaltung hat nicht zur Folge, daß alle Zentralstellen nach Wiesbaden kommen werden. Diese sollen vielmehr soweit wie möglich auf das ganze Land verteilt werden. Das Finanzgericht, das als oberstes Steuergericht mit Rücksicht auf die außerordentliche Steigerung der Steuerbelastung eine große Bedeutung haben wird, soll in Kassel errichtet werden. Die Großhessische Finanzschule wird demnächst in Langen eröffnet werden. Der Rechnungshof, der mangels geeigneter Beamter noch nicht gebildet werden konnte, aber dringend notwendig ist, wird seinen Sitz wieder in einer anderen Stadt erhalten...

Die personelle Besetzung beinahe aller Ämter in der Finanzverwaltung ist quantitativ und qualitativ unzureichend. Vor allem fehlt es an erfahrenen Veranlagungsbeamten. Es wird deshalb die Ausbildung des Nachwuchses soweit wie möglich gefördert, aber durch theoretische Schulung allein können voll leistungsfähige Finanzbeamte nicht geschaffen werden. Dieses Ziel wird vielmehr erst durch jahrelange praktische Arbeit erreicht. Es besteht deshalb ein Mißverhältnis zwischen der Leistungsfähigkeit der Finanzämter und den erhöhten Anforderungen, welche die bereits ergangene und noch zu erwartende neue Steuergesetzgebung für die finanzwirtschaftlichen Verwaltungsstellen bringt. Es ist deshalb dringend notwendig, daß die noch in der Durchführung sich befindende Denazifizierung der Regierungsfinanzstellen möglichst rasch abgeschlossen wird, damit die hiermit verbundene Unsicherheit bei den Finanzbehörden mit allen ihren für die Arbeitsleistung schädlichen Folgen aufhört, sonst werden wir bei der Durchführung der Steuererhöhung und der neuen Steuergesetze ein Fiasco erleben. Es wird deshalb auch bei dieser Gelegenheit von mir darum gebeten, daß die auf Grund des Gesetzes Nr. 8 eingesetzten Prüfungsausschüsse die Fälle, welche die Finanzverwaltung betreffen, bevorzugt und raschestens behandeln.

³² Dr. Wilhelm Mattes (1892-1952), parteilos, studierte in München, Freiburg und Berlin Volkswirtschaft. Von 1921 bis 1933 war er Landtagsabgeordneter der DVP in Baden und seit 1931 badischer Finanzminister. 1933 wurde er durch die Nationalsozialisten gezwungen, sein Amt niederzulegen. Bis zum Ende des Krieges arbeitete er als Steuerberater in Mannheim. 1945 wurde er dann Finanzminister im Kabinett Geiler.

Die Entwicklung der Finanzen unseres Landes in zahlenmäßiger Hinsicht ist nicht ungünstig. Wir werden im laufenden Rechnungsjahr voraussichtlich $1\frac{1}{4}$ der Einnahmen an Steuern und Zöllen haben, welche das Jahr 1944 gebracht hat. Dies ist mehr, als wir zunächst erwartet haben. Wir haben deshalb in der Landesverwaltung bisher keine Betriebskredite gebraucht. Dagegen sind von anderen Stellen, vor allem auf Anordnung der Besatzungsmacht, Kredite in Anspruch genommen worden. Es werden auch bis zum Schluß des Rechnungsjahres voraussichtlich die Ausgaben die Einnahmen nicht wesentlich überschreiten. Diese Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben gibt aber kein zutreffendes Bild der finanzwirtschaftlichen Lage. Das Verhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben ist nur deshalb so günstig, weil viele Aufwendungen, die künftig zu decken sein werden, in diesem Jahr noch nicht entstanden sind, und weil viele der bereits entstandenen Verpflichtungen nicht bezahlt worden sind. Wesentliche Teile der Staatsverwaltung waren während eines Teils des Jahres nicht in Tätigkeit. Ich erinnere nur an die Schulen und Gerichte. Ein Teil der Verpflichtungen, die bereits in diesem Jahr bezahlt werden sollten, konnte und kann auch zur Zeit nur teilweise beglichen werden, weil der Verwaltungsapparat zu einer raschen Durchführung noch nicht ausreicht. Dazu gehören viele Leistungen an die Besatzungsmacht. Ein Teil dieser Leistungen wurde [nicht] aus laufenden Mitteln, sondern mit Hilfe von Krediten bezahlt. Dies gilt vor allem auch von den Ausgaben für das Hauptquartier in Frankfurt am Main. Bei diesem erfolgte die Bezahlung durch Aufnahme von Krediten auch aus dem Grund, weil sich an der Tragung dieser Kosten andere Teile von Deutschland beteiligen müssen. Auch für Post und Eisenbahn haben wir noch nichts geleistet. Es ist aber ohne weiteres ersichtlich, daß diese beiden Reichsbetriebe einen Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben bisher noch nicht finden konnten. Würde man also eine Gesamtrechnung für die öffentliche Wirtschaft in unserem Lande aufmachen, dann würde sich ein erheblicher Unterschied zwischen Einnahmen und Ausgaben ergeben. Aus diesen Tatsachen ergeben sich die Aufgaben für das Rechnungsjahr 1946/47, deren Lösung im Finanzministerium vorbereitet wird.

Es muß das Ziel der Finanzpolitik im kommenden Rechnungsjahr sein, die Einnahmen so zu steigern, daß alle laufenden Aufwendungen ohne neue Ausgaben von Noten und ohne Inanspruchnahme von Krediten gedeckt werden können. Die Notwendigkeit, die Ausgabe von Noten einzustellen, besteht auch hinsichtlich der Militärnoten^{ss}, weil der Notenumlauf bereits überhöht ist und deshalb nicht noch weiter ausgedehnt werden darf. Das Rechnungsjahr 1946/47 wird deshalb im Zeichen einer außerordentlichen Zunahme der vom Lande zu finanzierenden Ausgaben stehen. Diese Zunahme wird vor allem drei Ursachen haben: Übernahme der Ausgaben für die Besatzungsmacht, soweit wie möglich auf den laufenden Haushalt; Bezahlung der aus dem Rechnungsjahr 1945/46

^{ss} Die sog. „Militärnoten“ waren unbeschränktes Zahlungsmittel innerhalb des gesamten deutschen Wirtschaftsgebietes und wurden von allen vier Besatzungsmächten in Umlauf gebracht. Eine solche Erhöhung des Zahlungsmittelumschlages hatte indessen inflatorische Wirkung. Deshalb war man von deutscher Seite bestrebt, daß die Ausgabe dieser Noten eingestellt wurde, um die Besatzungskosten restlos durch die Länder aus ordentlichen Haushalten zu begleichen. Vgl. dazu die Ausführungen des Finanzministers in einem Schreiben an den Ministerpräsidenten vom 22. Februar 1946 in HStAW Abt. 502 Nr. 3141.

rückständigen Verpflichtungen und Finanzierung neuer großer Aufwendungen. In dieser Hinsicht sollen nur zwei Gebiete genannt werden, nämlich die Flüchtlingsfürsorge und die Wiederaufbauaufgaben.

Zur Deckung all dieser Verpflichtungen werden auch die vom Kontrollrat³⁴ beschlossenen Steuererhöhungen nicht ausreichen. Das Finanzministerium beschäftigt sich deshalb seit längerem mit der Ausarbeitung neuer Steuergesetze. Drei Entwürfe liegen bereits vor. Der erste bezieht sich auf die allgemeine Feststellung der steuerpflichtigen Vermögen nach dem Stand vom 1. Januar 1946, eine Feststellung, die inzwischen auch durch den Kontrollrat angeordnet worden ist; der zweite Entwurf behandelt eine Vermögensabgabe der Mitglieder der NSDAP. In dem dritten Entwurf wird eine Vermögenszuwachssteuer vorgeschlagen³⁵. Das Kabinett hat beschlossen, diese Entwürfe zunächst dem Landesausschuß zur Beratung zuzuleiten. Die Entwürfe werden den Mitgliedern des Wirtschafts- und Steuerausschusses sofort nach seiner Bildung übergeben werden.

Wiesbaden, den 25. Februar 1946

Anlage 7

Bericht des Ministers für Arbeit und Wohlfahrt Müller³⁶

Sofort nach der Aufnahme der Tätigkeit des Arbeitsministeriums mußte ein Problem in Angriff genommen werden, das in seinen Auswirkungen von tief

³⁴ In der Potsdamer Konferenz hatten England, die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten alle Angelegenheiten, die das Reich als Ganzes angingen, einem Kontrollrat übertragen, der sich aus den Oberbefehlshabern der Besatzungsstreitkräfte zusammensetzte und seine Beschlüsse einstimmig fassen mußte. Die Militärgouverneure arbeiteten nach den Weisungen ihrer Regierungen und waren gleichzeitig auch für ihre Zonen verantwortlich. Das Gremium sollte vor allem für eine einheitliche Vorgehensweise der vier Oberbefehlshaber der Zonen sorgen. Vgl. dazu die amtliche Verlautbarung über die Potsdamer Konferenz in Ursachen und Folgen, Bd. 23, S. 480.

³⁵ Die Vermögensbesteuerung wurde insgesamt als Schritt innerhalb eines Sanierungsprogrammes angesehen, mit dem die Reichsverschuldung jedenfalls so weit gesenkt werden sollte, daß mit ihrer Verzinsung begonnen werden konnte. Die Verzinsung der Reichsverschuldung wurde von Finanzminister Mattes als Voraussetzung für die Sanierung des gesamten Bank- und Geldwesens und somit für die Finanzierung des Wiederaufbaus angesehen. Sehr umstritten war dabei im Kabinett die Erhebung einer „Nazisteuer“ als „finanzielle Sühnemaßnahme“. Vgl. das Protokoll der Kabinettsitzung vom 10. Januar 1946 in HStAW Abt. 502 Nr. 7142.

³⁶ Oskar Müller (1896-1970), KPD, war Schüler eines humanistischen Gymnasiums, bevor er von 1914 bis 1918 am Ersten Weltkrieg teilnahm. 1922 trat er in die KPD ein, für die er 1924 als Abgeordneter in den preußischen Landtag einzog. 1924 wurde er hauptamtlicher Sekretär der Bezirksleitung der KPD Hessen-Frankfurt und stieg 1930 in die Reichsleitung der Partei auf. Im November 1933 wurde Müller verhaftet und kam nach drei Jahren Zuchthaus in das KZ Sachsenhausen. Von Juli 1939 an arbeitete er als Angestellter in einer Offenbacher Lederwarenfirma, bevor er im August 1944 erneut festgenommen und bis zum Kriegsende im KZ Dachau inhaftiert wurde. Von Oktober 1945 bis Januar 1947 gehörte er dem Kabinett Geiler als Minister für Arbeit und Wohlfahrt an. 1948 wurde Oskar Müller erster Vorsitzender der KPD Hessen und Mitglied des Parteivorstandes für die Westzonen. Dem Deutschen Bundestag gehörte er von 1949 bis 1953 an.

einschneidender Bedeutung auf unser gesamtes politisches, wirtschaftliches und kulturelles Leben für Groß-Hessen ist.

Der Nationalsozialismus und die hinter ihm stehenden Kräfte hatten, in Verfolgung ihrer imperialistischen Großraumpolitik, nicht nur einen Teil Reichsdeutscher in den überfallenen Ost- und Südostgebieten angesiedelt, sondern zur Vorbereitung ihrer Kriegsbestrebungen Teile jener als Volksdeutsche bezeichneten Gruppen, die in Ost- und Südoststaaten ansässig waren, mißbraucht. Das Ergebnis dieser großenwahnsinnigen, jeglicher echter und wahrer deutscher Kulturpolitik ins Gesicht schlagenden Gewaltmaßnahmen ist ja nicht nur der völlige Zusammenbruch Deutschlands, sondern vor allen Dingen auch die Tatsache, daß die von Hitler-Deutschland überfallenen Nationen diese volksdeutschen Bevölkerungsteile in das Reich zurückschicken, zu denen noch jene Reichsdeutschen kommen, die in Durchführung der Potsdamer Beschlüsse aus den Gebieten rechts der Oder und rechts der Neiße in die westlichen Reichsgebiete evakuiert werden.

Im Zuge dieser Umsiedelung und Rückführung werden dem Land Groß-Hessen nach den bisherigen Schlüsselzahlen ca. 610000 Ostflüchtlinge zugeführt, die bis etwa Juli 1946 unterzubringen sind. Bisher sind ca. 45 000 Ostflüchtlinge, darunter 14 500 Männer und 30 500 Frauen und Kinder, eingetroffen und untergebracht worden. Es kann gesagt werden, daß — insgesamt gesehen — dank rechtzeitiger vorbereitender Maßnahmen sich trotz einiger technischer Schwierigkeiten Transport und Unterkunft reibungslos vollzogen hat. In Zusammenarbeit mit allen beteiligten Stellen, unter Hinzuziehung auch der freien Wohlfahrtsorganisationen und durch Bildung von Flüchtlingsfürsorgeausschüssen sind, soweit nur irgend möglich, die Voraussetzungen dafür geschaffen worden, daß Transport, Unterbringung, Verpflegung und Betreuung sichergestellt sind. Der Zustrom dieser großen Zahl bedeutet naturgemäß für die großhessische Bevölkerung angesichts der schon vorhandenen Enge des Wohnraumes, der Zerstörung unserer Wirtschaft und der Tatsache, daß die eigene landwirtschaftliche Erzeugung zur Deckung des Verpflegungsbedarfs nicht ausreicht, eine außerordentliche Belastung. Wenn insbesondere jedoch dank der anerkanntenswerten Unterstützung der Militärregierung und ihrer Zusage, die unter Berücksichtigung des Zustromes aus dem Osten und Südosten benötigten zusätzlichen Lebensmittelmengen zur Verfügung zu stellen, die Verpflegung auf dem bisherigen Stand erhalten werden kann, so bedarf es doch der gut- und bereitwilligen Mitarbeit der Bevölkerung Groß-Hessens und ihrer Organe, die Eingliederung der Ostflüchtlinge in unser Land, ihren wirtschaftlichen Einsatz, ihre endgültige Selbsthaftmachung trotz aller objektiven Schwierigkeiten zu einem befriedigenden Ergebnis zu führen. Unser Ziel wird erst dann erreicht sein, wenn die Rückgeführten als völlig Gleichberechtigte und mit der Bevölkerung Groß-Hessens Verbundene in die großen Wiederaufbauaufgaben unseres Landes eingeschaltet sind.

Neben der Lösung dieser Aufgabe steht innerhalb der amerikanischen Besatzungszone die Rückführung der aus Kriegsgründen Evakuierten. Bisher wurden ca. 59 000 Personen in ihre verschiedenen Heimatgebiete zurückbefördert. Die endgültige Regelung des Kopf-um-Kopf-Austausches liegt in Einzelheiten noch

nicht fest". Es kann aber gesagt werden, daß auf die wirtschaftlichen und sozialen Belange der davon Betroffenen weitgehendst Rücksicht genommen werden soll. Die endgültige Entscheidung der Militärregierung liegt noch nicht vor.

Für die einheitliche Durchführung des gesamten Flüchtlingsdienstes ist der Entwurf einer Verordnung zur Regelung des Flüchtlingsdienstes fertiggestellt, der Ihnen unmittelbar zugehen wird. Zusammenfassend möchte ich jedoch zu dieser Frage abschließend feststellen: Die Verantwortung für das unermeßliche Leid und die ungeheure Not der Ostflüchtlinge wie auch der Evakuierten, insbesondere aber auch für die schweren Belastungen, die die großhessische Bevölkerung auf sich zu nehmen hat, trägt ausschließlich der Nationalsozialismus und seine Hintermänner, die die Hitlerpolitik bestimmend beeinflußt und gefördert haben. Sie in erster Linie zur Verantwortung zu ziehen, muß unsere Aufgabe sein.

Für die Durchführung, nicht nur allein der Unterbringung, sondern auch der Betreuung, entstehen den Gemeinden und Kreisen weit über ihre eigenen Finanzkräfte hinausgehende finanzielle Belastungen. Im Einvernehmen mit dem Herrn Finanzminister wurde infolgedessen für das laufende Haushaltsjahr ein Betrag von 40 Millionen RM zur Verfügung gestellt als Beihilfe für die sächlichen und personellen Ausgaben der Gemeinden für die Ostflüchtlinge, Heimkehrer und Evakuierten. Um die voneinander stark differierenden Fürsorgeeinzelsätze zu vereinheitlichen — zur Zeit belaufen sich die Zuschüsse der Landesfürsorgeverbände auf monatlich etwa $6\frac{1}{2}$ Millionen RM —, wurden durch Erlaß vom 5. Februar 1946 einheitliche Richtsätze für das gesamte Land Groß-Hessen festgelegt. Besonderes Augenmerk legt das Arbeitsministerium auf die Fürsorge und den Schutz der Jugend. Die Vorarbeiten zum Erlaß einer Verordnung über den Jugendschutz sind abgeschlossen, die Vorlage geht Ihnen in den nächsten Tagen zu. Besondere Sorge macht die Unterbringung der schulentlassenen Jugend in Lehrstellen der gesamten Wirtschaft. Die Zahl der vorhandenen Lehrstellen reicht bei weitem nicht aus, so daß angesichts des herannahenden Schulentlassungstages die Frage der Verlängerung der Schulzeit für alle jene, für die keine Lehrstelle vorhanden ist, schnellstens entschieden werden muß. Grundlegende, unserer heutigen Lage angepaßte Methoden zur Berufsausbildung unserer Jugend, wie etwa die Einrichtung von Lehrlingswerkstätten, die in Zusammenarbeit der öffentlichen Hand und der Wirtschaft eingerichtet werden müßten, sind erforderlich, um nicht nur diejenigen Jugendlichen, die noch keine Lehrstelle haben, sondern vor allen Dingen auch jene große Zahl Jugendlicher, die aus Kriegsgefangenschaft kommen, für unser Berufsleben vorzubereiten.

Die Einschaltung der Schwerbeschädigten in eine ihrem Körperzustand angemessene Betätigung wie auch ihre Versorgung erfordern angesichts der Zahl

j¹ Die amerikanische Militärregierung wollte aus anderen Besatzungszonen nicht mehr Menschen übernehmen, als sie dorthin abgeben konnte. Daher durften nur so viele hessische Bürger, wie nach dem 1. September 1939 in andere Provinzen evakuiert worden waren, jetzt nach Hessen zurückkehren, wie umgekehrt Bürger, die nach dem gleichen Stichtag nach Hessen zugezogen waren, in ihre Heimatprovinzen zurückzogen. Die Anordnung der Militärregierung, Evakuierte auch gegen ihren Willen in ihre Heimatgebiete zurückzuschicken, hat Hessen von Anfang an nicht befolgt und schließlich zu Fall gebracht.

von etwa 100 000 Schwerbeschädigten, darunter ca. 30 000 Prothesenträger, die besondere Unterstützung der Regierung. Während auf der einen Seite durch eine Verordnung zum Schwerbeschädigtenvermittlungsgesetz sowohl Verwaltung wie Wirtschaft in weit höherem Maße zur Einstellung von Schwerbeschädigten in für sie geeignete Arbeitsplätze angewiesen werden sollen, soll den Schwerbeschädigten aber auch durch die Schaffung von Produktions- und Absatzgenossenschaften das Bewußtsein, vollwertiges Glied der Gemeinschaft zu sein, wiedergegeben werden. Besonders erwünscht wäre es im Hinblick auf unsere gesamte Sozialfürsorge, wenn uns baldmöglichst weitere Anstalten und Heime zur Unterbringung und Betreuung freigegeben werden könnten.

Besonders katastrophale Verheerungen hat uns der Nationalsozialismus auf dem Gebiete der Sozialversicherung hinterlassen. Die Sozialversicherungsanstalten sind fast restlos ihrer finanziellen Grundlage beraubt. Durch Übernahme der früheren Reichszuschüsse durch die Staatsregierung wurden zunächst mal die Mittel für die Weiterzahlung der Renten zur Verfügung gestellt. Die Schwierigkeiten für die Sicherung der vollen Rentenleistung — vor allen Dingen bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften — sind jedoch noch nicht überwunden. Wollen wir für die Dauer in der Zukunft die Sozialversicherung jedoch so sicherstellen, daß ohne wesentliche Staatsbelastung die Versorgung für Alter, Invalidität, Unfall und Krankheit sichergestellt wird, dann bedarf es einer grundlegenden Reform in der Sozialversicherung. Ich möchte hierbei besonders darauf hinweisen, daß dieses Reformwerk ausschließlich nur von dem Gesichtspunkt geleitet sein darf, der Erhaltung der Gesundheit des Menschen, der Sicherung seines Lebensabends wie für die Zeit seiner Invalidität zu dienen. Diesem großen Gedanken müssen alle Bedenken organisationsmäßiger und personeller Art weichen. In großen Teilen Deutschlands ist eine grundlegende Reform der Sozialversicherung bereits in Angriff genommen, und auch in England ist ein Gesetz erlassen worden, das sich auf etwa der gleichen Linie bewegt. Wir haben zunächst einmal die beiden Landesversicherungsanstalten durch Verordnung zur Landesversicherungsanstalt Groß-Hessen zusammengelegt. Die Vorarbeiten für eine Reform der Sozialversicherung nähern sich dem Abschluß und werden Ihnen als Entwurf vorgelegt.

Für die Sicherung des Rentenanspruches der anspruchsberechtigten Zuwanderer nach Groß-Hessen sind — nach Vereinbarung mit dem Herrn Finanzminister — die erforderlichen Mittel bereitgestellt, und ebenso ist durch Erlaß die Weiterversicherung der Rentner bei den Krankenkassen gewährleistet. Noch nicht restlos überwunden sind die Schwierigkeiten in der Versorgung der Schwerbeschädigten mit Prothesen. Aber es kann angenommen werden, daß auch hier bald eine befriedigende Regelung gefunden wird.

Der Wohnraummangel und die Notwendigkeit, zusätzlich Hunderttausende von Menschen in Groß-Hessen unterzubringen, verlangt umfassende gesetzgeberische Maßnahmen für alle Fragen der Wohnungswirtschaft und Wohnraumlenkung. Der Entwurf eines Wohnungsgesetzes für ganz Groß-Hessen ist fertiggestellt und wird schnellstens vorgelegt.

Zur Versorgung seiner Parteimitglieder hat der Nationalsozialismus während seiner Herrschaftszeit eine große Anzahl nicht der Partei angehörige Kleingärt-

ner von ihren Gärten verdrängt und Pg. 's eingesetzt. Es ist ein Akt der Gerechtigkeit, wenn die davon Betroffenen wieder in den Besitz ihrer Kleingärten gelangen. Der Entwurf einer Verordnung über das Kleingärtenkündigungsgesetz ist fertiggestellt und muß wegen seiner Dringlichkeit schnellstens verabschiedet werden.

Aus dem umfassenden, tief in das Leben unseres Volkes eingreifenden Gebiet der Arbeit, des Arbeitsrechts, der Arbeitsverwaltung greife ich zunächst folgende Maßnahmen heraus: Einmal die Verordnung über Lohn- und Gehaltszahlungen an gesetzlichen Feiertagen, die auf einen Werktag fallen, die Verordnung über die Ausübung des Wandergewerbes und den Erlaß, der die Urlaubsfragen für das Jahr 1944/45 regelt. Hervorheben möchte ich die großen Leistungen, die die Arbeitsverwaltung in der schwierigsten Übergangszeit geleistet hat. Angesichts der Tatsache, daß als Auswirkungen des Hitler-Krieges unsere Wirtschaft zum großen Teil zerstört und nie wieder in früherem Umfange zum Einsatz kommen wird, daß ihre Bestimmung nur darin liegen darf, ausschließlich der Befriedigung der zivilen Bedürfnisse unserer Bevölkerung und insbesondere dem Wiederaufbau zu dienen, werden große Verlagerungen der Beschäftigten in die wichtigsten Sektoren unseres Wiederaufbaues erforderlich sein. Insbesondere müssen der Bauindustrie zahlreiche neue Arbeitskräfte zugeführt werden. Diesem Zweck dienen insbesondere die abgeschlossenen Vorbereitungen für Umschulungsmaßnahmen. Die Notlage, in der sich das deutsche Volk befindet, erfordert Notmaßnahmen. Durch die Umschulung sollen Arbeitskräfte in verkürzter Zeit für ihren neuen Beruf zum möglichst vollwertigen Einsatz für die Sofortaufgaben herangebildet werden. Der abgeschlossene Umschulungs-Lehrvertrags-Entwurf sowie die Ausführungsbestimmungen gehen Ihnen ehestens zu. Die lohn- und sozialpolitischen Aufgaben des Arbeitsministeriums sind entscheidend abhängig von einer gesicherten Preisstabilität. Die Erhöhung von Preisen, Tarifen und sonstigen Mehrbelastungen der arbeitenden Bevölkerung muß zwangsläufig die Erhöhung von Lohnтарifen und Sozialbezügen zur Folge haben. Es muß unsere Aufgabe sein, die Lebenshaltung der werktätigen Schichten unter Berücksichtigung der jetzigen Notverhältnisse unter allen Umständen sicherzustellen. Im Interesse des Wiederaufbaues und zur Herstellung der früheren Relation zwischen den Löhnen der Bauindustrie im Verhältnis zu denen anderer Berufszweige muß eine Korrektur der durch das Naziregime besonders betroffenen Bauarbeiterlöhne durchgeführt werden. Im Einvernehmen mit allen beteiligten Stellen ist eine Abänderung des Tarifvertrages für das Baugewerbe ausgearbeitet und liegt zur Zeit der Militärregierung zur Genehmigung vor.

Durch den Kontrollratsbefehl Nr. 3 werden unter anderem Bestimmungen über den Arbeitseinsatz auf dem Wege der Arbeitsverpflichtungen erlassen³⁸. Die darauf beruhenden Ausführungsbestimmungen werden nach Eingang

^{ia} Der Kontrollratsbefehl Nr. 3 vom 17. Januar 1946 schrieb vor, daß alle arbeitsfähigen Männer im Alter von 14 bis 65 Jahren und Frauen zwischen 15 und 50 Jahren sowie Arbeitslose registriert werden und ihre „Unterbringung in Arbeit“ erfolgen sollte. Die Durchführung dieser Maßnahme wurde den Arbeitsämtern übertragen. Vgl. Gesetze der Militärregierung, F 3/1—F 3/2 und Einleitung S. 20f.

der näheren Anweisungen durch die Militärregierung erlassen werden. Auf dem Gebiet des Arbeitsrechts steht neben der Einführung und Regelung der Arbeitsgerichtsbarkeit im Vordergrund die Schaffung eines neuen Betriebsrätegesetzes. Angesichts der Tatsache, daß — wie schon erwähnt — die Kriegspolitik des Nationalsozialismus entscheidend von der Wirtschaft dirigiert wurde, müssen Sicherungen getroffen werden, da der Aufbau eines neuen, wahrhaft demokratischen Deutschlands nicht wiederum aus Wirtschaftskreisen, die unter Vortäuschung nationaler Belange in der Praxis nur ihre Interessen verfolgen, torpediert werden [darf]. Deswegen hat das Betriebsrätegesetz, dessen Entwurf Ihnen baldigst zugehen wird, eine ausschlaggebende politische Bedeutung.

Aus der Erkenntnis, daß die Bewältigung der großen Aufgaben nur im engsten Kontakt mit den in Frage kommenden Bevölkerungsschichten gelöst werden kann, hat sich das Arbeitsministerium bei allen wichtigen Fragen mit den dafür zuständigen Organen der Bevölkerung in Verbindung gesetzt. Meine Mitarbeiter sind sich mit mir der Größe der Verantwortung und der Schwere der Aufgaben, die zu meistern sind, voll und ganz bewußt. Unsere Arbeit dient ausschließlich dem Wiederaufbau eines friedlichen, demokratischen und fortschrittlichen Deutschlands.

gez. Oskar Müller

Wiesbaden, den 25. Februar 1946

Anlage 8

Bericht des Ministers der Justiz Zinn³⁹

Nach dem Zusammenbruch im Frühjahr 1945 befand sich die Rechtspflege in Groß-Hessen [...] in völliger Auflösung. Aber auch schon vor dem Ende der Kampfhandlungen lag das Gerichtswesen zu einem erheblichen Teil brach. Mangel an Personal, die gänzliche oder teilweise Zerstörung vieler Gerichtsgebäude, die zum Teil völlige Vernichtung der Gerichts- und Akten, und mancherorts auch der Grundbücher, machten in vielen Fällen, vor allem auf dem Gebiete der Zivilrechtspflege, einen geordneten Geschäftsgang unmöglich.

Hinzu kam, daß die Besatzungsmacht nach dem Einmarsch die Schließung aller Gerichte anordnete. Diese Maßnahme war, trotz des damit verbundenen völligen Stillstandes, dringend notwendig. Während bei allen anderen Behörden es zunächst darauf ankam, die leitenden Stellen mit neuen Männern zu beset-

³⁹ Georg August Zinn (1901-1976), SPD, arbeitete nach dem Abitur als Kommunalbeamter in Kassel. Von 1923 bis 1926 studierte er Jura in Göttingen und Berlin und eröffnete 1931 eine Rechtsanwaltspraxis in Kassel, wo er seit 1925 Bezirksvorsitzender der SPD war. Von 1941 bis 1945 war er Soldat. Nach dem Ende der NS-Zeit wurde Zinn zum Landgerichtsdirektor in Kassel berufen, bevor er im Oktober 1945 das Justizministerium übernahm, dem er bis zum Oktober 1949 vorstand. Zudem war er seit 1947 Landesvorsitzender der SPD. Von Dezember 1950 bis Oktober 1969 wahrte seine Amtszeit als Hessischer Ministerpräsident.

zen, und die politische Überprüfung des übrigen Personals nach und nach vorgenommen werden konnte, genügte eine derartige Maßnahme bei den Gerichten nicht, weil die Richter in ihrer richterlichen Tätigkeit nicht an Weisungen vorgesetzter Stellen gebunden sind. Gerade angesichts der weitgehenden Machtbefugnisse, die der demokratische Staat dem Richter durch die Garantie der richterlichen Unabhängigkeit einräumt, war bei der Justiz der Weg einer positiven Auslese der neuen Kräfte erforderlich. Es mußte daher, wie wohl auf keinem anderen Gebiet der öffentlichen Verwaltung, völlig neu aufgebaut werden, ohne daß das dabei Erreichte in jeder Hinsicht befriedigen kann.

Die Stellen der Militärregierung haben sich dieser schweren Aufgabe mit dankenswerter Energie schon bald nach dem Einmarsch angenommen. Das Justizministerium hat in den vier Monaten seines Bestehens, neben den umfangreichen vorbereitenden Arbeiten auf gesetzgeberischem Gebiete, diese Arbeiten zu einem gewissen Abschluß zu bringen versucht. Maßgebend war dabei der Plan für den Aufbau des Rechtspflegewesens in der amerikanischen Zone vom 4. Oktober 1945, der im einzelnen eine den Schwierigkeiten angemessene Übergangsregelung vorsieht.

Die Militärregierung hat bei dem Wiederaufbau der unteren Gerichte zum Teil an die frühere Gerichtsorganisation angeknüpft, zum Teil, vor allem in dem Regierungsbezirk Kassel, die Errichtung von Kreisgerichten in Anlehnung an die Organisation der inneren Verwaltung bevorzugt. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, zu gegebener Zeit, und zwar zweckmäßigerweise im Zusammenhang mit einer späteren allgemeinen Verwaltungsreform, die räumliche Gliederung der unteren Gerichte einer Nachprüfung zu unterziehen.

Vor dem Zusammenbruch bestanden in dem jetzigen Gebiet Groß-Hessens 109 Amtsgerichte, von denen 64 Amtsgerichte als selbständige und 12 Amtsgerichte zur Zeit als Zweigstellen wiedereröffnet worden sind. Zwei weitere sollen demnächst eröffnet werden. 31 kleine Amtsgerichte werden nicht wieder geöffnet werden. Die Bezirke der übrigen Amtsgerichte sind entsprechend [vergrößert worden]. Die früher vorhandenen acht Landgerichte sind sämtlich wieder in Tätigkeit. Die drei Oberlandesgerichte in Frankfurt am Main, Kassel und Darmstadt sollen nicht wieder als selbständige Gerichte erstehen. Es ist vielmehr ein einziges Oberlandesgericht mit dem Sitz in Frankfurt am Main vorgesehen. Dafür war der Umstand bestimmend, daß das Oberlandesgericht eine völlig andere Bedeutung als die früheren Oberlandesgerichte haben wird. Es wird nur noch Revisions- und nicht mehr Berufungsinstanz sein, also im Bereich Groß-Hessens im wesentlichen die Aufgaben des früheren Reichsgerichts übernehmen. Die Wahrung der Einheitlichkeit der Rechtsprechung verbietet aber die Schaffung dreier selbständiger Revisionsgerichte. In Kassel und Darmstadt sind aber ständige detachierte Senate eingerichtet. Durch diese Lösung wird bei Beibehaltung eines einzigen Revisionsgerichts einerseits eine Ersparung an persönlichen Ausgaben erzielt, andererseits aber auch vermieden, daß durch Reisen der Anwälte und Rechtssuchenden volkswirtschaftlich gesehen eine Vermehrung der Prozeßkosten eintritt. Auch glaube ich, daß so den Wünschen der Städte Kassel und Darmstadt, die sich angesichts ihrer schwierigen Lage meines Erachtens mit Recht gegen jeden Abzug der seither dort ansässigen Behörden wehren, weitgehend Rechnung getragen wird. Mit der voraussichtlich in der ersten Märzhälfte

vorgesehenen Eröffnung des Oberlandesgerichts hat der äußere Aufbau der Gerichte einen gewissen Abschluß erfahren.

Erwarten Sie aber nicht, daß ich das damit Erreichte als etwas Befriedigendes ansehe. Die Schwierigkeiten, politisch tragbare und fachlich geeignete Kräfte zu finden, sind ungewöhnlich groß. Es mußte auf pensionierte Richter, Anwälte und Juristen aus anderen Besatzungszonen zurückgegriffen werden.

Ich brauche nur darauf hinzuweisen, daß früher an den Amts- und Landgerichten insgesamt 583 Richter, Staatsanwälte und Amtsanwälte tätig waren, während bis jetzt nur 235 eingesetzt werden konnten. Der dringendste weitere Bedarf beträgt ohne das Oberlandesgericht noch rund 220 Richter und Staatsanwälte.

Wenn man bedenkt, daß die Zahl der zu erledigenden Rückstände aus der Zeit vor dem Zusammenbruch nicht gering ist, daß deren Zahl durch den monatelangen Stillstand der Rechtspflege stark angewachsen ist, daß schließlich als Folge des Krieges die Ehescheidungen ins Ungemessene steigen, die Kriminalität zunimmt und ferner ein großer Teil der Aufgaben der Militärgerichte, zum Beispiel die Aburteilung von Übertretungen der Vorschriften über die Sperrzeit, den Registrierscheinzwang, den Erwerb amerikanischen Eigentums und so weiter, mehr und mehr auf deutsche Gerichte übergehen, und daß schließlich die Polizeibehörden seit dem 1. Februar 1946 [...] nicht mehr befugt sind, Strafverfügungen zu erlassen, dann läßt sich erkennen, daß die Gerichte ihren Aufgaben nur noch unter Anspannung aller Kräfte gerecht zu werden vermögen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß der Richterstand durch den notwendig gewordenen Rückgriff auf Pensionäre weitgehend aus überalterten, zum Teil auch aus noch nicht genügend eingearbeiteten Kräften besteht. Um den Personalmangel wenigstens zu einem Teil ausgleichen zu können, habe ich dem Staatsministerium eine Verordnung vorgelegt, die es gestattet, jeden politisch und fachlich geeigneten Juristen, vor allem auch Anwälte, in gewissem Umfange für Aufgaben der [Justiz] dienstzuverpflichten.

Auch das Gefängniswesen befand sich in Groß-Hessen nach dem Zusammenbruch in völliger Anarchie. Zunächst haben die Militärbehörden die Verwaltung der Anstalten übernommen. Allmählich wurde aber auch hier der Wiederaufbau durch die deutsche Justizverwaltung unter klarer Abgrenzung der Sonderaufgaben des Strafvollzugs von denen der Strafverfolgung und der straferkennenden Behörden eingeleitet.

In 58 kleineren, mittleren und größeren Strafanstalten Groß-Hessens können rund 5000 Inhaftierte untergebracht werden. Die Belegungsmöglichkeit in einzelnen Anstalten ist zur Zeit aber begrenzt durch die entstandenen Luftkriegsschäden und das Fehlen von Anstaltseinrichtungen. Die berufserfahrenen Beamten sind, da [größtenteils] Parteimitglieder, aus dem Dienst entlassen. Die Beamtenschaft umfaßt in der Verwaltung einschließlich der Werk- und Erziehungsbeamten (Geistliche, Lehrer, Ärzte und Fürsorger) rund 50 und im Aufsichtsdienst rund 400 Kräfte.

Das anfänglich von den amerikanischen Behörden und später von den deutschen Dienststellen neu eingestellte Personal wird auf Berufseignung überprüft und entsprechend geschult. Die rund 5000 Inhaftierten setzen sich aus verschiedenen Gruppen zusammen.

In den Anstalten befinden sich neben Verurteilten Untersuchungshäftlinge und durch den C.I.C. Inhaftierte. Die Trennung zwischen Zuchthaus- und Gefängnisgefangenen und die von Erwachsenen und Minderjährigen ist noch nicht vollständig durchgeführt. Das Ziel, männliche und weibliche Gefangene in räumlich von einander getrennten Anstalten unterzubringen, ist ebenfalls noch nicht in allen Fällen erreicht.

Mit diesen Schwierigkeiten, zu denen noch die Knappheit an Lebensmitteln und Heizstoffen und vielfach die fehlende Arbeitsgelegenheit für die Anstaltsinsassen hinzukommen, hat die Absicht, einen modernen Strafvollzug einzuführen, der neben der Sicherung der Gesellschaft die Wiedereinordnung des aus der Strafanstalt entlassenen Rechtsbrechers in diese zum Ziele hat, zur Zeit zu kämpfen. Besonders dringliche Aufgaben stellt im Augenblick der Jugendstrafvollzug.

Die Entlassenenfürsorge, die ebenfalls neu aufgebaut werden muß, kann nur im Zusammenwirken aller geeigneten Kräfte der öffentlichen und privaten Fürsorge Aussicht auf Erfolg haben. Neben dem Arbeits- und Fürsorgeamt werden an diesem Ziel die Wohlfahrtsverbände der Parteien und Konfessionen entscheidend mitwirken müssen. Auf gesetzgeberischem Gebiet sind neben zahllosen Verordnungen von geringerer Bedeutung beschlossen worden:

Ein Gesetz über die Ahndung nationalsozialistischer Straftaten, das deren Strafverfolgung trotz formaler Verjährung, Amnestie oder Begnadigung ermöglicht.

Ein Gesetz zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts auf dem Gebiete des Strafrechts, das alle politischen Verurteilungen von Gegnern des Nationalsozialismus aufhebt und die Möglichkeit gibt, Strafen wegen gemeiner Verbrechen und Vergehen, die wegen ihrer Höhe als typisch nationalsozialistisch erscheinen, angemessen herabzusetzen.

Eine Verordnung zur Wiederherstellung des normalen Strafvollzugs soll die Anrechnung der während der Kriegszeit verbüßten Strafhaft ermöglichen, eine Verordnung über das Sofort-verfahren in Strafsachen eine vereinfachte und beschleunigte Aburteilung kleinerer Übertretungen ermöglichen.

Schließlich liegt neben diesen Gesetzen der Militärregierung auch eine Verordnung über die vorläufige Außerkraftsetzung des Gesetzes zur Verhütung erkrankten Nachwuchses vor⁴⁰.

In Vorbereitung ist eine Verordnung zur Abänderung der Strafregisterverordnung, eine solche über Geltendmachung von Wiedergutmachungsansprüchen, ein Gesetz zur Überleitung des Strafverfügungsrechts der Polizeibehörden auf die Gerichte, ein Leistungspflichtgesetz und anderes mehr.

Abschließend möchte ich erwähnen, daß in Kürze ein neues Strafgerichtsverfassungsgesetz und eine neue Strafprozeßordnung in Kraft tritt, die eine Bereinigung des seitherigen Verfahrensrechts von nationalsozialistischem Gedankengut bringt und vor allem die Wiedererrichtung von Schöffen- und Schwurgerichten ermöglicht.

⁴⁰ Vgl. die Entwürfe in NL Geiler HStAW Abt. 1126 Nr. 11 und die Verordnung in GVBl. 14 (1946), S. 117.

Es ist in diesem kurzen Bericht ausgeschlossen, auf alle Probleme, die mit dem Wiederaufbau einer zuverlässigen und demokratischen Rechtspflege und Gesetzgebung zusammenhängen, einzugehen. Zahllose Fragen erfordern eine eingehende Sonderbehandlung. Ich hoffe aber, Ihnen mit dem Ange deuteten wenigstens einen rohen Überblick gegeben zu haben. [...]

Anlage 9

Bericht des Ministers des Innern Venedey⁴¹

[...] Als ich am 16. Oktober 1945 zum Minister des Innern ernannt wurde, fand ich — da damals die großhessische Regierung erst in der Bildung begriffen war — weder Mitarbeiter noch ein Ministerium vor. Ich mußte also zunächst meine Mitarbeiter, insbesondere die Leiter der einzelnen Abteilungen, heranziehen und darüber hinaus für die Herrichtung der sehr verwahrlosten Amtsräume sowie für deren büromäßige Einrichtung sorgen. Welche Schwierigkeiten da zu überwinden waren, brauche ich nicht zu sagen. Ich möchte Sie mit diesen mehr technischen Dingen jedoch nicht aufhalten, sondern nur feststellen, daß die oben erwähnten Schwierigkeiten überwunden wurden.

Entscheidender ist es, daß es uns in verhältnismäßig kurzer Zeit gelang, eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen dem Ministerium des Innern und den ihm nachgeordneten Verwaltungsbehörden herzustellen. Wichtige Behörden, wie die Regierungspräsidenten, mußten während der Zeit, da es keine Ministerialinstanz gab, selbständig leitende Funktionen ausüben. Man hätte erwarten können, daß die Gewöhnung an diese Selbständigkeit die Unterordnung unter die Zentralinstanz erschwert haben würde. Das war jedoch nicht der Fall. Vielmehr konnte — wie ich schon sagte — binnen kurzer Zeit eine vertrauensvolle Zusammenarbeit herbeigeführt werden. Zu diesem Erfolg trug sicherlich nicht wenig unsere Auffassung vom Verwaltungsaufbau des großhessischen Staates bei. Ich stehe auf dem Standpunkt, das Ministerium solle sich in der Hauptsache auf gesetzgeberische und leitende Funktionen beschränken, die Verwaltungsexekutive aber innerhalb ihrer Zuständigkeit den mittleren und unteren Instanzen überlassen. Nur solche Funktionen, die den mittleren und unteren Verwaltungsinstanzen ihrem Wesen nach nicht zustehen, müssen auf das Ministerium des Innern übergehen.

⁴¹ Der Jurist Hans Venedey (1902–1969) war schon 1925 dem „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ beigetreten und wurde 1926 Mitglied der SPD. Seit 1929 vertrat er seine Partei in der Stadtverordnetenversammlung von Konstanz. Nach der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten emigrierte er 1933 nach Frankreich und wurde dort interniert. 1942 gelang ihm die Flucht in die Schweiz. Gegen Kriegsende schloß er sich dem Bund Freies Deutschland (BFD) in der Schweiz an. Nach Kriegsende kehrte er nach Deutschland zurück. Im Oktober 1945 war Venedey zum hessischen Innenminister berufen worden, bis er im Juli 1946 wegen seines Eintretens für die Vereinigung von SPD und KPD aus der SPD ausgeschlossen und aus seinem Amt entlassen wurde. Er ging wieder als Rechtsanwalt nach Konstanz und wurde später Ehrenpräsident der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN).

In diesem Zusammenhang darf ich gleich auf die Frage der Verwaltungsreform zu sprechen kommen. Diese Frage beschäftigt uns sehr. Das Land Groß-Hessen setzt sich — wie Sie wissen — aus Gebieten zusammen, die früher teils zu Preußen, teils zum Volksstaat Hessen gehörten. In den verschiedenen Teilen herrscht verschiedenes Recht. Dieses Recht gilt es auf einen Nenner zu bringen. Im Vordergrund der Erörterungen steht die Frage der provinziellen Selbstverwaltung. Soll die provinzielle Selbstverwaltung erhalten und damit auch im Regierungsbezirk Darmstadt wieder eingeführt, oder soll sie überhaupt abgeschafft werden? Letzteres möchte ich entschieden verneinen. Die provinzielle Selbstverwaltung sollte erhalten bleiben. Sie ist eine Einrichtung, die eine Menge Aufgaben in vorbildlicher Weise bewältigt. Außerdem ist die provinzielle Selbstverwaltung geradezu eine Schule der Demokratie. Die Bevölkerung eines bestimmten Gebietes verwaltet ihre Angelegenheiten selbst. Dadurch wird ihr Bürgersinn geweckt und gefördert. Nichts scheint mir wichtiger zu sein, als daß unseren Landsleuten der Wert der Bürgerrechte und Bürgerfreiheiten wieder zum Bewußtsein kommt. Deshalb bin ich schon unter diesem Gesichtspunkt für die Erhaltung der provinziellen Selbstverwaltung. Die Regelung dieser Frage wird nächstens zum Abschluß gebracht werden.

Einen weiteren Schritt auf dem Wege der Verwaltungsvereinheitlichung haben wir durch die Schaffung einer neuen Kreisordnung getan. Diese wurde von uns ausgearbeitet und dem Kabinett vorgelegt. Sie gelangt [...] wohl in Bälde im Gesetz- und Verordnungsblatt zur Veröffentlichung.

An der Ausarbeitung der Gemeindeordnung waren wir nur mittelbar⁴³ beteiligt. Der eigentliche Entwurf ging von anderer Stelle der zuständigen amerikanischen Militärbehörde zu, die ihn akzeptierte⁴⁴. Wir überarbeiteten ihn nochmals, ohne an den Grundzügen Veränderungen vornehmen zu können. Gegen die Gemeindeordnung sind vielfach Bedenken geltend gemacht worden, denen in mancher Beziehung eine Berechtigung nicht abzusprechen ist. Die Kritik wendet sich hauptsächlich dagegen, daß durch die Gemeindeordnung die Bürgermeister- und nicht die Magistratsverfassung zum Prinzip erhoben wurde

⁴² So am 29. April 1946 in GVB1. 12 (1946), S. 101ff

⁴³ In der Vorlage: „unmittelbar“.

⁴⁴ Laut USFET-Direktive vom 20. September 1945 waren die Landesregierungen aufgefordert worden, demokratische Satzungen für die Selbstverwaltungsorgane unterhalb der Landesebene vorzubereiten. Der Hinweis Venedeys, daß der Entwurf „von anderer Stelle“ an die Militärbehörde ging, ist unklar. Er berichtet über die Gemeindeordnung in der Kabinettsitzung vom 6. Dezember 1945, daß die Satzungen durch die Innenministerien ausgearbeitet und an die Kontrollkommission nach Berlin weitergeleitet worden seien. Von den Entwürfen der drei Länder war der hessische als der beste erklärt worden, der deshalb auch als Muster für die ganze amerikanische Zone diene. Vgl. das Sitzungsprotokoll vom 6. Dezember 1945 in HStAW Abt. 502 Nr. 7141.

⁴⁵ Der wesentliche Unterschied zwischen Bürgermeister- und Magistratsverfassung liegt in der Organisation des Gemeindevorstandes. In der Bürgermeisterverfassung ist der von der Gemeindevertretung gewählte Bürgermeister als Einzelperson Gemeindevorstand und leitet mit Unterstützung der Beigeordneten die Verwaltungsgeschäfte. Die hessische Variante der Magistratsverfassung, die bald die Bezeichnung „unechte Magistratsverfassung“ erhielt, gab die gesetzgebende Gewalt einer gewählten Gemeindevertretung, die dann den Magistrat für die eigentliche Verwaltungsarbeit wählte. Dieser setzte sich aus dem Bürgermeister als Vor-

Unseren demokratischen Anschauungen entspricht aber die Magistratsverfassung weit mehr. Nun sieht immerhin § 6 der Gemeindeordnung vor, daß durch Gemeindehauptsatzung anstelle der Bürgermeisterverfassung die Magistratsverfassung eingeführt werden kann. Wir sind mit der Ausarbeitung einer entsprechenden Mustersatzung beschäftigt, die denjenigen Gemeinden als Richtschnur dienen mag, die sich zur Einführung der Magistratsverfassung entschließen.

Neben der Gemeindeordnung sei das von uns ausgearbeitete Gemeindewahlgesetz vom 15. Dezember 1945 und die Wahlordnung für die Wahlen zu den Gemeindevertretungen vom 17. Dezember 1945 erwähnt⁴⁶. Weiterhin wurde von uns ausgearbeitet ein vorläufiges Gesetz über die Wiedereinführung der Verwaltungsgerichtsbarkeit⁴⁷, das vom Kabinett bereits genehmigt ist. Ebenfalls genehmigt hat das Kabinett eine Verordnung über die Errichtung einer großhessischen Ärztekammer. Ein vom Kabinett genehmigtes Einwohner-Notdienstgesetz⁴⁸ erhielt bisher die Zustimmung der amerikanischen Militärbehörden noch nicht.

An Entwürfen sind vom Ministerium des Innern fertiggestellt: Der Entwurf eines neuen Beamtengesetzes (Staatsbedienstetengesetz), der Entwurf einer Großhessischen Beamten-Disziplinarordnung, der Entwurf eines Wahlgesetzes für eine Verfassungberatende Landesversammlung nebst Wahlordnung, der Entwurf eines Kreistagswahlgesetzes mit Kreistagswahlordnung. In Bearbeitung ist der Entwurf eines Gesetzes zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts, Wiedergutmachungsgesetz. Und endlich sind die Vorarbeiten für den Entwurf einer Verfassung aufgenommen worden.

Neben dieser gesetzgeberischen Tätigkeit waren und sind umfangreiche Arbeiten zu bewältigen. Ich erinnere hier zunächst an die Durchführung der Gemeindewahlen vom 20. und 27. Januar 1946⁴⁹. Umfangreiche Vorarbeiten waren zu leisten – und manche Unklarheit durch persönliche Auskünfte des Sachbearbeiters zu beheben. Die Feststellung der Wahlergebnisse und deren statistische Auswertung erfolgte in gemeinschaftlicher Arbeit mit dem Statistischen Landesamt. Nun stehen uns neue Wahlen bevor. Nach Mitteilung der amerikanischen Militärregierung finden am 28. April die Kreistagswahlen und die Gemeindewahlen in den nicht-kreisfreien Städten von über 20 000 Einwohnern statt. Am 26. Mai erfolgen die Gemeindewahlen der kreisfreien Städte, am 30. Juni die Wahlen zur Verfassungberatenden Landesversammlung. Diese Wahlen gilt es sorgfältig vorzubereiten.

Nun möchte ich mich dem Gebiete der öffentlichen Sicherheit zuwenden. Erwähnt sei zunächst die Errichtung einer Grenzpolizei. Längs der Grenze des

sitzendem sowie ehren- oder hauptamtlichen Beigeordneten für besondere Arbeitsgebiete zusammen. Vgl. Mühlhausen, Hessen, S. 146.

⁴⁶ Gemeindewahlgesetz und -ordnung sind abgedruckt in GVBI. 2 (1945), S. 7ff.

⁴⁷ Veröffentlicht am 15. November 1946 in GVBI. 28/29 (1946), S. 194ff.

⁴⁸ Der Einwohnernotdienst sollte zur Unterstützung der allgemeinen Sicherheitsorgane in „Fällen eines drohenden oder eingetretenen Notstandes“ eingesetzt werden. Jeder männliche, körperlich geeignete und politisch einwandfreie Einwohner des Landes Groß-Hessen konnte zur Einwohnernotdienstpflicht herangezogen werden, die auf ehrenamtlicher Basis erfolgen sollte. Vgl. den Entwurf des Gesetzes in HStAW Abt. 507 Nr. 8124.

⁴⁹ Gemeint sind die ersten Gemeindewahlen in Städten und Gemeinden bis zu einer Größe von 20000 Einwohnern.

französisch, englisch und russisch besetzten Gebietes, die eine Gesamtlänge von rund 750 km hat, mußte eine Grenzpolizei aufgestellt werden. Ebenso obliegt uns die Organisation der Gendarmerie. Die Gemeindepolizei ist dagegen in Städten über 5000 Einwohnern Sache der Gemeinden, da die Polizei nach dem Prinzip völliger Dezentralisation aufzubauen ist. Zur wirksamen Bekämpfung des Verbrechens wurde ein Landeskriminalbüro für Identifizierung, Meldedienst und Statistik errichtet. Ein von ihm herausgegebenes Großhessisches Melde- und Fahndungsblatt führte bereits in zahlreichen Fällen zur Festnahme gesuchter Verbrecher. Bemerkt sei in diesem Zusammenhang noch, daß die Polizei jetzt bewaffnet ist⁵⁰, was die Bekämpfung des Verbrechens wesentlich erleichtert und die Sicherheit der Bürger erhöht. Der weltanschaulichen Schulung und Erziehung der Polizeibeamten lassen wir auf den neu organisierten Polizeischulen ganz besondere Sorgfalt angedeihen.

Besondere Aufmerksamkeit mußten wir der öffentlichen Gesundheitspflege widmen. Dabei galt es vor allem, die großhessische Bevölkerung vor ansteckenden Krankheiten zu schützen, die durch die Ostflüchtlinge eingeschleppt werden können. Zu diesem Zwecke wurden an den Übergängen aus der russischen Zone von Ärzten betreute Quarantäne-Einrichtungen geschaffen. Dort erfolgt eine erste Untersuchung und planmäßige Entlausung. Auch in den einzelnen Kreisen sind Entlausungstrupps und Entlausungsstationen vorhanden. Die Läusebekämpfung ist deshalb so wichtig, weil durch Läuse das Fleckfieber übertragen wird. Bisher ist noch kein Fall von Fleckfiebererkrankung zu verzeichnen gewesen. An Fleckfieber erkrankte Ostflüchtlinge werden sofort isoliert; jeder Fall ist der Gesundheitsabteilung des Innenministeriums telegrafisch zu melden. Die Quarantäne-Einrichtungen sowie die übrigen Stationen werden von uns dauernd ärztlich überwacht.

Die allgemeine Seuchenbekämpfung ist stark vorangetrieben. Dies gilt besonders für die Bekämpfung des Typhus, der Diphtherie, des Scharlach sowie der Geschlechtskrankheiten. Gegen Diphtherie und Scharlach erfolgten planmäßige Impfungen. Für akute Infektionskrankheiten stehen erheblich vermehrte Isolierstationen zur Verfügung, für Geschlechtskrankheiten werden auch geschlossene Abteilungen geschaffen. So ist bisher trotz der Jahreszeit und trotz aller Mängel, an denen wir leiden, keine einzige Epidemie aufgetreten. Die Nahrungsmittelüberwachung sowie die Überwachung des Personals in Molkereien, Milchverteilungsstellen, Lebensmittelbetrieben, Großküchen und so weiter wurde verstärkt.

Mit allgemeinen Ausführungen über den täglichen Geschäftsgang meines Ministeriums möchte ich Sie nicht aufhalten. Doch darf ich sagen, daß sich auch

⁵⁰ Im Juli 1945 waren auf Grundlage der USFET-Direktive „Administration of Military Government in the U.S. Zone of Germany“ kleine, unbewaffnete Einheiten von Stadt-, Land-, Grenz- und Kriminalpolizei aufgestellt worden. Seit September 1945 wurden sie mit leichten amerikanischen Waffen ausgestattet. Vgl. Emig/Frei, *Military Government*, S. 418f. Man erkannte jedoch bald, daß die deutsche Polizei nur durch eine umfassende Neubewaffnung in die Lage versetzt werden konnte, sich an der Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung zu beteiligen. In diesem Sinne verfügte die Direktive Nr. 16 des Alliierten Kontrollrates vom 6. November 1945 die Bewaffnung der Polizei. Abdruck der Direktive in *Ursachen und Folgen*, Bd. 23, S. 339f.

gelegentlich Aufgaben von außerordentlichem Umfange ergeben. So müssen zum Beispiel gegenwärtig im Auftrage der amerikanischen Militärregierung Nachforschungen seitens deutscher Behörden nach Angehörigen der Vereinten Nationen und anderen Ausländern durchgeführt werden.

Zum Schluß dieses kurzen Rechenschaftsberichtes — der nur in großen Zügen einen Überblick über die Tätigkeit des Innenministers zu vermitteln vermochte — darf ich meiner Freude darüber Ausdruck geben, daß wir nun mit Ihnen, meine Damen und Herren, zusammenarbeiten können und damit in einen engeren Kontakt mit der großhessischen Bevölkerung kommen. Wenn auch dieses Vorparlament nicht aus Wahlen hervorgegangen ist, so gehören Sie alle demokratischen Parteien an, denen das großhessische Volk in den Gemeindewahlen vom 20. und 27. Januar sein Vertrauen ausgesprochen hat. Daher stammt Ihre Legitimation. Ich lege immer größten Wert auf enge Zusammenarbeit mit den demokratischen Parteien und ebenso mit den Gewerkschaften, die berufen sind, in unserem wirtschaftlichen Leben eine führende Rolle zu spielen. Sie stellen den geeinten Willen unserer Arbeitnehmerschaft dar. Die Vertreter der demokratischen Parteien und der Gewerkschaften werden bei mir stets Gehör finden und jederzeit Zutritt zu meinem Ministerium haben.

Vor uns liegen große und schwere Aufgaben. Eine der wichtigsten ist die Umerziehung des deutschen Volkes zu einem demokratischen Volke. Nationalsozialistische und militaristische Ideen müssen restlos ausgerottet werden. Wir dürfen uns nicht dem Glauben hingeben, dieses Ziel sei schon erreicht. Zwar sind die nationalsozialistischen und militaristischen Organisationsformen zerschlagen. Ihr Geist spukt aber noch in vielen Köpfen. In letzter Zeit haben sich sogar Anzeichen einer gewissen Aktivität bemerkbar gemacht. Wir sind fest entschlossen, diesen Dingen entgegenzutreten, um eine Wiederholung der Entwicklung von 1918 zu verhindern. Dieser Kampf gegen Faschismus und Militarismus und damit für die Erziehung des deutschen Volkes zur Demokratie kann nur mit den demokratischen Parteien zusammen geführt werden. Damit dienen wir gleichzeitig einer anderen großen Idee, die verwirklicht werden muß, soll unser Volk weiterhin leben können: der Idee eines einigen, demokratischen Deutschlands, von dem Groß-Hessen nur ein Glied sein will.

Anlage 10

Bericht des Ministers für Wirtschaft und Verkehr Dr. Mueller⁵¹

1. Für den Neuaufbau fanden wir folgende Lage vor:

1. Die hessische Wirtschaft war aufs engste verflochten mit der deutschen Gesamtwirtschaft. Diese Verflechtung war zerschlagen oder gelähmt.

⁵¹ Dr. Rudolf Mueller (*1904), parteilos, studierte Rechtswissenschaften in Heidelberg. Nach seiner Promotion war er am Institut für Internationales Recht in Berlin tätig. 1934 ging er in die Industrie, wo er seit 1939 dem Direktorium einer Darmstädter Firma zur Herstellung von Plexiglas angehörte. 1945 wurde Mueller Vizepräsident der IHK Darmstadt, bevor er im Oktober 1945 ins Wirtschaftsministerium berufen wurde, das er bis September 1946 leitete.

2. Die hessische Wirtschaft ist besonders stark kriegszerstört und war durch Verkehrsschwierigkeiten und Verwaltungsgrenzen auch innerhalb des heutigen Landes Groß-Hessen zerrissen.
3. Handwerk und Industrie waren und sind im wesentlichen noch angewiesen auf Rohstoffvorräte aus der Kriegszeit. Sie sind mit solchen Lägern nicht vollgestopft wie die Länder der Reichsmittle, sondern im Gegensatz dazu ausgeleert.
4. Hessen ist durch seine hochentwickelte Veredelungsindustrie auf den Rohstoffbezug von und auf den Verkehr mit anderen Ländern entscheidend angewiesen.
5. Die Industrie ist mit geringen Ausnahmen auf Steinkohlenverbrauch eingerichtet. Steinkohle ist nur in anderen Zonen erhältlich.

II. Aus dieser Lage ergaben sich organisatorische Aufgaben im Lande selbst und in Verbindung mit anderen Ländern und Zonen. Die wichtigsten, die gelöst oder in Lösung begriffen sind, sind folgende:

1. Aufbau eines Wirtschaftsministeriums mit Zentralreferaten für Organisation der gewerblichen Wirtschaft, Handel, Industrie, Reparationen, Bergbau, Energiewirtschaft, Preisbildung und Überwachung.
2. Neuordnung der Bewirtschaftungsstellen. Schaffung von Rechtsgrundlagen für Planung und Verbrauchslenkung. Ohne Planwirtschaft können wir weder die geringe verbliebene Substanz verwalten noch an den Neuaufbau gehen. Dabei muß man sich über die Grenzen behördlicher Beurteilung von Planungsfragen bewußt sein.
3. Die Behörden sind angewiesen auf die Initiative und Mitarbeit der Wirtschaft, gerade auch in der Planung, die im Grunde aus der Wirtschaft selbst herausgewachsen muß. Die Förderung der berufsständischen Vertretungen der Wirtschaft auf neuer demokratischer Grundlage wurde deshalb besonders gepflegt. Wir haben weiter Kontrollausschüsse eingerichtet und noch vorgesehen, die nicht auf die berufsständischen Vertreter der Wirtschaft beschränkt sind und insbesondere den Verbraucher zu Wort kommen lassen sollen. Eine möglichst lebensnahe Arbeit der Wirtschaftsbehörden ist unser Ziel.
4. Es war notwendig, die Handelsschranken zwischen Kreisen und Regierungsbezirken auszuräumen. Darüber hinaus können wir in Anspruch nehmen, sowohl für die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Länder in der US-Zone wie für die Zusammenarbeit mit den anderen Zonen besondere Initiative entwickelt zu haben. Mit dem Lande Thüringen haben wir Abmachungen getroffen. Mit der britischen Zone laufen Verhandlungen in diesen Tagen in Frankfurt, an denen alle Länder der US-Zone beteiligt sind. Verhandlungen mit der französischen Zone werden folgen. Die Arbeiten beim Länderrat in Stuttgart sollen zu einer Gesamtverständigung und Gesamtplanung für die ganze US-Zone führen. In diesem Sinne werden sie von uns in jeder Weise gefördert.
5. Auch im Verkehrswesen arbeiten wir auf größere Lösungen über das Land hinaus, besonders für Post und Eisenbahn.
6. Die Forst- und Holzwirtschaft wurde neu geordnet, ebenfalls in Abstimmung mit den anderen Ländern unserer Zone.
7. Wir bemühen uns besonders um die Bekämpfung von Schwarzhandel, Preisverstößen, Hortung von Waren und unzulässigen Kompensationsgeschäften.

8. Allem voran steht die Förderung wichtiger wirtschaftlicher Unternehmen im Einzelfall, zur Sicherung unserer Versorgung mit notwendigsten Gütern.

III. Es ist sehr viel Arbeit unter großen Schwierigkeiten und unzulänglichen Verhältnissen geleistet worden. Mir ist völlig klar, daß sehr vieles noch verbesserungsbedürftig ist und alle Arbeit erst ihren Sinn bekommt, wenn es gelingt, die Wirtschaft im ganzen wieder in Gang zu bekommen. Dann werden sich viele Mängel der Organisation und auch der Wirtschaftsmoral von selbst verlieren.

IV. Die Gestaltung der wirtschaftlichen Lage im ganzen hängt aber ab von Entscheidungen, die außerhalb unseres hessischen Bereichs liegen. Wir tun alles, um hierzu unseren Beitrag zu leisten, die Probleme herauszustellen und Vorschläge zu machen. Das gilt insbesondere für die Besserung der Kohlenlage, von der überall auch die Rohstoffherzeugung abhängt, für die Lösung des Geldproblems und im ganzen für die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands. An Aufträgen mangelt es unserer Wirtschaft nicht. Eine ausreichende Ernährung scheint sichergestellt, und es ist auch wenig Zweifel, daß im weiteren Verlauf der Dinge auch ausreichend Arbeitskräfte zur Verfügung stehen werden. Dieses letztere hängt durchaus ab von der Anerkennung des tatsächlichen Verarmungszustandes, der nur durch den Geldschleier verhüllt ist, und von der Bereitschaft aller Kreise, einen planmäßigen Wiederaufbau von ganz unten her zu beginnen. Alles hängt aber ab von dem Vertrauen in einen planmäßigen Wiederaufbau. Die Voraussetzung dafür ist die Beseitigung der großen Ungewißheiten, wozu auch endgültige Klarheit über die Friedensbedingungen gehört, besonders über Reparationen, die aus den Anlagen unserer Industrie zu leisten sind.

Anlage 11

Erklärung von Wilhelm Knothe für die SPD-Fraktion

Die sozialdemokratische Fraktion des Landesausschusses für Groß-Hessen begrüßt den Schritt der Militärregierung, der Regierung von Groß-Hessen einen Landesausschuß als beratende Körperschaft beizuordnen. Durch die Bildung des Landesausschusses hat die Bevölkerung von Groß-Hessen nun die Möglichkeit erhalten, der Regierung beratend zur Seite zu stehen und ihre Wünsche und Auffassungen zum Ausdruck zu bringen. Wir sehen in dieser Körperschaft die Vorstufe für das kommende, auf demokratischer Grundlage zu wählende Landesparlament.

Die Bevölkerung von Groß-Hessen wird wieder souverän durch die politischen demokratischen Freiheiten und kann ihr Schicksal selbst bestimmen. Sie sollte erkennen, daß die Sozialdemokratische Partei stets die Vorkämpferin für demokratisches Volksrecht gewesen ist, daß es schon August Bebel und Wilhelm Liebknecht waren, die die Voraussetzungen dafür geschaffen haben, das deutsche Volk zu demokratischem Denken zu erziehen. Als 1933 durch Hitler und seine Partei die demokratischen Grundrechte des deutschen Volkes beseitigt wurden, war es nur die Sozialdemokratische Partei, die am 23. März 1933

gegen das Ermächtigungsgesetz⁵² Adolf Hitlers stimmte. Der damalige Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, Otto Wels, brachte in seiner mutigen Rede unter anderem zum Ausdruck: „Wir sehen die machtpolitische Tatsache Ihrer augenblicklichen Herrschaft, aber auch das Rechtsbewußtsein des Volkes ist eine politische Macht, und wir werden nicht aufhören, an dieses Rechtsbewußtsein zu appellieren. Wir Sozialdemokraten bekennen uns in dieser geschichtlichen Stunde feierlich zu den Grundsätzen der Menschheit und der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Sozialismus.“

Mit der Machtübernahme durch Hitler wurden die Menschenrechte beseitigt, die demokratischen Freiheiten des Volkes zerstört und das Denken schablonisiert. An Stelle des demokratischen Volksstaates trat das autoritäre Staatssystem. Die Demokratie wurde zerschlagen, und an ihre Stelle trat die Diktatur. Größte Teile des deutschen Volkes folgten diesem politischen Abenteurer, dessen Politik aus Deutschland und aus großen Teilen der Welt einen Trümmerhaufen machte. Nun gilt es, unter Anwendung der Erkenntnisse aus der Geschichte der ersten deutschen demokratischen Periode von Weimar, die Lehren zu ziehen, und die werdende Demokratie stärkstens zu verankern. Für uns demokratische Sozialisten ist die Demokratie ein unverrückbares und unverzichtbares Prinzip. Dies trifft auch für die Wirtschaft zu. An Stelle der liberal-kapitalistischen Auffassung, die nur das Interesse der Produzenten und seine Gewinne im Auge hatte und auf dieser Grundlage Erzeugung und Absatz bestimmte, muß eine Neugestaltung der Wirtschaft treten, deren Ziel darin besteht, die Versorgungsbedürfnisse der Volksgesamtheit zu gewährleisten. Wir Sozialdemokraten erstreben eine planvolle Lenkung der Wirtschaft, und [es] muß der Einfluß der Arbeitnehmerschaft, den demokratischen Grundsätzen folgend, entscheidend stark werden. Es geht nicht nur um die Kontrollierung der Produktion, sondern um die Ausrichtung derselben im sozialistischen Sinne. Wir erwarten, daß die kommenden gesetzlichen Regelungen der Arbeitnehmerschaft die größten Möglichkeiten geben, in der Wirtschaftsführung mitzuarbeiten. Die Sozialdemokratie, deren Hausmacht die Industriearbeiterschaft ist, hat naturgemäß das stärkste Interesse daran, daß die Wirtschaft in kürzester Frist wieder in Gang gebracht wird. Das erste Erfordernis hierzu ist die Kohle. Wir erwarten, daß der Interalliierte Kontrollrat in Berlin sich dahingehend ausspricht, daß die Kohlenförderung auf ein Maximum ausgedehnt wird, zumal das Ruhrgebiet auf lange Zeit der alleinige Versorger der englischen und amerikanischen Zone sein wird. Schon an diesem Kohlenproblem sehen wir, wie tiefgehend die Zonenaufteilung sich auf die deutsche Wirtschaft auswirkt. Gerade die Sozialdemokratie als die Vertreterin der schaffenden breiten Massen würde es außerordentlich begrüßen,

⁵² Das Ermächtigungsgesetz war im März 1933 als „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“ verkündet worden. Gegen das Gesetz stimmte die sozialdemokratische Fraktion, während die bereits verfolgten und inhaftierten kommunistischen Abgeordneten an der Abstimmung nicht mehr teilnehmen konnten. So konnte das Gesetz mit den Stimmen der NSDAP, der DNVP, des Zentrums, der Deutschen Staatspartei und der Bayerischen Volkspartei in Zweidrittelmehrheit verabschiedet werden und die legislative Staatsgewalt damit an die nationalsozialistische Regierung fallen. Vgl. Heiber, Republik, S. 275 f

wenn die Zonengrenzen als Wirtschaftsschranken fielen. Gegenwärtig sind schon wieder Zehntausende deutscher Menschen arbeitslos. Viele dieser Menschen sind sich noch nicht im klaren darüber, was es heißt, ohne Arbeit und ohne Erwerb zu sein. Wir müssen erkennen, daß sich ein ungeheurer Strukturwandel auf dem Gebiet des Industriesektors vollzogen hat. Man denke nur an die Auslöschung der Rüstungsindustrie. Weiter werden ein sehr erheblicher Teil der früher in den kaufmännischen Berufen tätig gewesenen Menschen arbeitslos bleiben, weil diese Berufe überbesetzt sind. Die Sozialdemokratie bedauert diese Entwicklung und wird sich in jeder Weise dafür einsetzen, daß diese Menschen wieder zu Arbeit und Lohn kommen. Eine Möglichkeit hierzu bieten die bereits begonnenen Umschulungskurse.

Die Sozialdemokratische Partei ist davon überzeugt, daß sich die deutsche Bevölkerung nur durch die intensivste Bewirtschaftung des deutschen Bodens ernähren kann. Heute sind die deutschen Acker ausgemergelt. Es fehlt an Düngemitteln und landwirtschaftlichen Maschinen. Dem deutschen Bauern müssen daher alle Hilfsmittel zur Bestellung seines Ackerbodens beschafft werden. Die Sozialdemokratische Partei verlangt deshalb, daß an erster Stelle Düngemittel und Ackerbaugeräte sowie landwirtschaftliche Maschinen hergestellt werden. Um ein solches Programm durchzuführen, ist jedoch eine planvolle Lenkung der deutschen Wirtschaft absolut notwendig.

Die Sozialdemokratische Partei wird sich für den Ausbau der Sozialpolitik in all ihren Zweigen einsetzen. Wir denken an die Wiedergutmachung für die Opfer des Hitlerismus, an die Invaliden- und Altersrentner, an die Kriegsoffer und Kriegshinterbliebenen. Es wird unsere Aufgabe sein, Hilfe all denen zu gewähren, die sich in einer wirtschaftlichen Notlage befinden oder durch das Hitlersystem dem Elend preisgegeben sind. Wie auf allen Gebieten, so muß auch auf dem der Sozialpolitik jetzt wieder begonnen werden. Hitler'scher Finanzpolitik ist es zu danken, daß die Kassen leer sind und an Stelle der vorhanden gewesenen finanziellen Rücklagen wertlose Schatzanweisungen vorliegen. Noch ein Wort zur Lastenverteilung. Wir setzen uns ein für gerechten Lastenausgleich, der die wirtschaftlich Schwachen schont und die wirtschaftlich Stärkeren entsprechend belastet.

Ein weiteres Wort zur Personalpolitik. Wenn die neu werdende Demokratie nicht wieder gefährdet sein soll, ist es notwendig, eine Personalpolitik zu betreiben, die sich nicht nur davon leiten läßt, daß sogenannte Fachleute die Verwaltung führen und leiten, vielmehr muß die Auffassung maßgebend sein, daß nur positive Demokraten in alle Zweige der Verwaltung berufen werden. Die Weimarer Zeit hat uns gelehrt, daß man auf diesem Gebiet außerordentlich mißtrauisch sein muß. Es darf nicht wieder vorkommen, daß man Verwaltungsbeamte nur nach ihren fachlichen Eignungen in leitende Stellungen einsetzt und diese dann die Demokratie bekämpfen. Die Gefahr für die kommende demokratische Entwicklung liegt unter anderem mit darin, daß sich unter dem Kleide des sogenannten unpolitischen Fachmannes ein reaktionäres Herz verbirgt. Diese verborgene Reaktion wird in Krisenzeiten zum gefährlichsten Gegner der Demokratie, wie wir es 1933 erleben mußten. Das demokratische Gemeinde- und Staatswesen kann nur im Geiste der Demokratie geführt und geleitet werden durch Menschen, die sich als positive Demokraten bekennen.

Die Sozialdemokratische Partei ist der Überzeugung, daß die Jugend Groß-Hessens der neuen Demokratie noch verständnislos gegenübersteht. Das ist erklärlich. Wenn diese Jugend zwölf Jahre nazistisch propagandistisch beeinflusst wurde, kann sie sich nicht von heute auf morgen von den Auswirkungen dieser Propaganda freimachen. Die unter dem Hitler-Regime groß gewordene Jugend kennt die tiefen sittlichen, ideologischen Werte der Demokratie und des Sozialismus nicht. Die Aufgaben, die die Sozialdemokratie zu erfüllen hat, sind klar vorgezeichnet. Darüber hinaus muß aber von der Regierung Groß-Hessens erwartet werden, daß die Erziehung in absolut demokratischem Sinne zu erfolgen hat. Solches ist jedoch nur möglich, wenn die Erzieher selbst überzeugte Demokraten sind. Mit Entrüstung nahm die demokratische Bevölkerung von Groß-Hessen von den Vorgängen in Marburund Weilburg Kenntnis, an denen gewisse Erzieher nicht unbeteiligt waren". Es war selbstverständliche Pflicht des zuständigen Ministers, hier schärfstens einzugreifen, und zwar in einer Form, die derartige Vorgänge im Keime erstickt. Stattdessen erlebten wir, daß diese Vorgänge zu bagatellisieren versucht wurden. Die Sozialdemokratische Partei wird es verstehen, die jungen Menschen aus der geistigen Enge, die ihnen der Nazismus auferlegte, herauszuführen und die großen Ideale einer neuen Menschenwertung durch den Sozialismus ihnen vor Augen zu stellen. Wir werden dieser Jugend wieder den Glauben stärken und die Hoffnung geben, indem wir sie auf den Weg der Demokratie führen und für eine Neuordnung der Gesellschaft im sozialistischen Sinne reif machen. Die großen Ideale, für die die Sozialdemokratie kämpft, sind: Humanität, Demokratie und Sozialismus.

Auch auf anderen Gebieten hat die Sozialdemokratie die Feststellung machen müssen, daß die Verankerung der Demokratie in bezug auf die Entfernung von positiven Nazisten und Besetzung durch gute Demokraten nicht immer so durchgeführt wurde, daß sie zum Erfolg führen konnte. Die Sozialdemokratische Partei kann nur Vertrauen zu einer Regierungsführung haben, die sich zur Demokratie bekennt und danach auch ihre Handlungen ausrichtet. Es kommt uns nicht darauf an, diese oder jene Position im Rahmen des Gesamtkabinetts durch uns besetzt zu wissen, sondern wir verlangen, daß für die führenden Persönlichkeiten die Demokratie mehr ist als ein Lippenbekenntnis.

Wir wissen, daß gegenwärtig in Groß-Hessen noch keine Politik gemacht werden kann, die der Auffassung der Sozialdemokratischen Partei entspricht. Das deutsche Volk hat den Krieg verloren und hat die Konsequenzen zu tragen. Die Sozialdemokratische Partei kann zwar heute ihre Forderungen klar herausstellen, solche aber zu verwirklichen, ist zur Zeit nicht möglich. Das Endziel der Sozialdemokratie bleibt jedoch trotz allem das gleiche. Wir sind bereit, die großen staatspolitischen Aufgaben vor Volk und Vaterland zu übernehmen und die Verantwortung dafür zu tragen und rufen das großhessische Volk auf, sich zu der Politik der Sozialdemokratischen Partei zu bekennen zum Wohle der gesamten Bevölkerung.

^{ss} Die Hintergründe dieser vom Abg. Knothe dargestellten Vorgänge konnten nicht ermittelt werden.

Anlage 12

Erklärung von Dr. Erich Köhler für die CDU-Fraktion

Nichts ist kennzeichnender für den grundlegenden Wandel der innenpolitischen Lage des deutschen Volkes als die Tatsache, daß knapp zehn Monate nach dem Zusammenbruch der Diktatur Vertreter des Volkes zu freier Aussprache im Rahmen eines, sagen wir, Vorparlamentes zusammentreten können. Wer vor zwölf Monaten öffentlich, wenn er es gekonnt hätte, eine solche Entwicklung vorausgesagt haben würde, hätte diese Kühnheit mit dem Tode bezahlen müssen.

Diese Wiederherstellung elementarster Menschenrechte, die in der ganzen Welt seit Generationen als Selbstverständlichkeit gelten, haben wir mit dem höchsten Preis bezahlen müssen, den ein Volk für die persönliche Freiheit seiner Bürger überhaupt bezahlen kann: mit dem Verlust der Souveränität des Staates und mit dem Zerfall der Einheit von Reich und Nation.

Um so schwerwiegender sind die Verpflichtungen, die dieser Wiedergewinn unserer persönlichen Freiheit uns auferlegt. Wir alle, gleichgültig welchen Parteien wir angehören, haben nur eine Richtschnur unseres Handelns: der brennenden Not von Land und Volk unser Tun, frei von jedem Dogmatismus, unterzuordnen, das heißt die staatspolitischen Notwendigkeiten den parteipolitischen Zielen voranzustellen.

Unser politisches Handeln findet seine natürlichen Grenzen an dem Willen der Besatzungsmacht. Wir haben das begründete Vertrauen zu der amerikanischen Militärregierung, daß sie ihr Möglichstes tut, um die Lebensgrundlagen unseres Volkes wiederherzustellen. Wir wollen der Militärregierung unseren Dank dafür abstatten, daß sie vor allem unsere Ernährung sichergestellt, Entscheidendes zur Wiedereingasetzung unseres Verkehrswesens geleistet hat und planmäßig den Wiederaufbau von Produktion und Handel gemeinsam mit den deutschen Stellen fördert. Wir hoffen, daß das Verständnis für deutsche Eigenart sich auch weiterhin vertiefen möge.

Aus diesem Verhalten der Militärregierung ziehen wir aber auch den Schluß, daß es nicht gerechtfertigt ist, dem deutschen Volk als Gesamtheit Schuld am Hitler-Regime und seinen Grausamkeiten und Greueln beizumessen. Wir Männer und Frauen, die diesen Beratenden Landesausschuß bilden, sind als Überlebende der Millionen, die ihre nazi-feindliche Gesinnung mit dem Höchsten, ihrem Leben, gebüßt haben, lebendiger Beweis dafür, daß es keine Gesamtschuld unseres Volkes gibt.

Ein entscheidendes Aktivum in unserer politischen Gesamtbilanz ist für uns der von der Potsdamer Konferenz festgelegte Grundsatz, daß die wirtschaftliche Einheit Deutschlands erhalten bleiben soll. Sie bildet das Fundament für den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft und damit des Lebensraumes unseres Volkes. Nach diesem Grundsatz muß die Frage einer eventuellen Loslösung des Ruhrgebietes aus dem deutschen Wirtschaftskörper zu unseren Gunsten positiv entschieden werden. Denn ohne das Ruhrgebiet können wir nicht leben! Dasselbe gilt für die Entscheidung des Schicksals des deutschen Ostens. Wir sind im Innersten bewegt von dem harten Geschick jener Frauen und Männer aus dem

deutschen Osten, die jetzt in unserem Lande eine neue Heimat finden sollen. Es wird eine uns besonders am Herzen liegende Aufgabe sein, ihnen ihr bitteres Los nach jeder Richtung hin zu erleichtern und ihnen ein neues Leben aufbauen helfen.

Mit Dank und Genugtuung gedenken wir in diesem Zusammenhang der zähen Bemühungen der Großhessischen Landesregierung unter der zielsicheren Führung ihres Ministerpräsidenten, Herrn Prof. Dr. Geiler, seit ihrem Bestehen den Gedanken der Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit vorwärtszutreiben; Bemühungen, die ihren ersten und markanten Ausdruck in der Bildung des Länderrates in Stuttgart gefunden haben. Nicht minder gebührt solcher Dank für das initiative Zustandekommen der gerade jetzt in Frankfurt tagenden erstmaligen Zusammenkunft der Wirtschaftssachverständigen der amerikanischen und englischen Zone. Wir stehen im übrigen nicht an, dem Kabinett in seiner Gesamtheit, an der Spitze Ihnen, sehr verehrter Herr Ministerpräsident, ohne Ausnahme, das heißt auch ohne Rücksicht auf die politische Stellung der einzelnen Herren Minister und ihren Mitarbeitern, unseren Dank für die bisher auf allen einschlägigen Gebieten geleistete Arbeit zum Ausdruck zu bringen. Wir können aber nicht verschweigen, daß diese Arbeit überwiegend ohne genügende Fühlungnahme mit den beteiligten Kreisen der Bevölkerung erfolgt. Insofern ist es für Sie, meine Herren Minister, und für uns als Vertreter des Volkes gut und, wie wir bestimmt hoffen, auch segensreich in Zukunft, daß nunmehr eine geordnete Form, nicht nur des gegenseitigen Meinungsaustausches, sondern vor allem auch der eindeutigen Willensbekundung der Bevölkerung geschaffen ist.

Zu den einzelnen Fragen Stellung zu nehmen, würde heute zu weit gehen. Wir begnügen uns damit, einige wichtige, grundsätzliche Fragen herauszustellen.

Ein gut Teil unserer Sorgen um das Wohl und Wehe unseres Volkes gilt der Jugend. Wir stehen alle vor der gewaltigen Aufgabe, unsere Jugend aller Alters- und Bildungsstufen auf eine völlig anders als bisher geartete, neue Geisteshaltung umzustellen. Vom Standpunkt unserer christlich-demokratischen Weltanschauung bekennen wir uns zu der Notwendigkeit, unserer Jugend den Wandel ihres Denkens vom Ich zum Du und damit das innere Wesen echter und wahrer Demokratie zum Bewußtsein zu bringen. Selten hat die Jugend eines Volkes sich in einer so tragischen Situation wie der unsrigen von heute befunden, denn was kann es für einen jungen Menschen Erschütternderes geben, als einsehen zu müssen, für ein verbrecherisches Idol sein Leben eingesetzt zu haben? Wir wünschen unserer Jugend Radikalität im Suchen nach Erkenntnis, sie allein ist ihre höchste Ehre. Dagegen ist die Radikalität im Beharren auf dem Standpunkt verbrecherischer Ideologien unehrenhaft; sie ist auch unchristlich, weil sie Unduldsamkeit und damit Verstoß gegen demokratisches Denken bedeutet. In diesem Sinne appellieren wir besonders an die akademische Jugend unseres Landes. Möge sie nie vergessen, daß Studieren ein Vorrecht ist, das nicht an Herkunft gebunden sein darf, sondern nur erworben werden kann durch Leistung und vorbehaltlos freudige Hingabe an das neue Deutschland. Dergestalt muß der Neuaufbau unseres Erziehungswesens erfolgen, daß [er] unserer Jugend die Einfühlung in demokratisches Denken und Handeln erleichtern möge.

Die vom Kontrollrat angeordneten einschneidenden Steuererhöhungen rechtfertigen – von der Verpflichtung des Großhessischen Staatsgrundgesetzes abgesehen – die beschleunigte Vorlage des Haushaltes des Landes. Das großhessische Volk hat ein begründetes Anrecht darauf, zu erkennen, welche Verwendung die von ihm aufgebrauchten Einnahmen finden. Wir beschränken uns darauf, zur Finanz- und Steuerpolitik folgende wesentliche Grundsätze herauszuheben: Alle Steuermaßnahmen, besonders solche, die letztlich im Zusammenhang mit der Währungs- und Reichsschuldenfrage stehen, dürfen niemals allein mit Geltung für das Land Groß-Hessen, sondern müssen auf der Grundlage der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands durchgeführt werden. Ferner müssen alle Steuern nach dem Grundsatz der Gerechtigkeit, das heißt nach der Leistungsfähigkeit erhoben werden. In der Währungsfrage muß nach wie vor eine natürliche und organische Lösung gesucht und allen Versuchen radikaler Lösungen energisch entgegengetreten werden.

Die grundlegenden Aufgaben unseres wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufbaues können nach Geist und Form nur in engster und vertrauensvoller Zusammenarbeit beider Sozialpartner, den privaten und öffentlichen Unternehmungen wie der Arbeitnehmerschaft, gemeistert werden. Die CDU bekennt sich zu der gleichberechtigten Mitwirkung der Arbeitnehmerschaft bei der Lenkung der Wirtschaft. Wir sind von der Überzeugung durchdrungen, daß von einer sinnvollen und befriedigenden Lösung der sozialen Frage das Schicksal unserer Zukunft als Volk und Staat entscheidend abhängt.

Die uns vorschwebende Wirtschafts- und Sozialordnung soll eine Synthese aus planvoller Wirtschaftslenkung durch beide Sozialpartner und der alten abendländischen Idee der freien und verantwortlichen Persönlichkeit sein. Wir beanspruchen diese freie und verantwortliche Persönlichkeit, das Recht ihrer freien, sachlichen und politischen Entscheidung auch im Betrieb, sowohl für den Arbeitnehmer wie für den Unternehmer. Dem Bauernstand steht volle Mitwirkung bei dieser Neuordnung der Wirtschaft zu. Wir können diese neue Sozialverfassung nur einmal schaffen. Nach diesen Grundsätzen gedenken wir, an die vorbereitenden Arbeiten zur Schaffung einer neuen Sozialverfassung heranzugehen.

Zum Schluß geben wir unserer lebhaften Genugtuung darüber Ausdruck, daß mit dem bevorstehenden Zustandekommen des deutschen Denazifizierungsgesetzes eine endgültige Lösung dieser für die Gesundung unserer politischen Entwicklung so wesentlichen Frage gefunden wird. Aber mindestens ebenso notwendig ist es, politisch-moralisch geradezu vordringlich und verpflichtend liegt es uns ob, endlich auch eine gesetzliche Regelung der Wiedergutmachungen des namenlosen und in der Weltgeschichte einzig dastehenden Unrechts vorzunehmen, das den politisch, rassistisch und religiös Verfolgten während des Hitlerregimes angetan wurde. Wir richten an den Herrn Ministerpräsidenten die dringende Bitte und das Verlangen, so schnell wie möglich eine geeignete Vorlage einzubringen, und behalten uns vor, auch unsererseits der Regierung Vorschläge zu unterbreiten.

Wir beginnen nunmehr unsere praktische Arbeit. Wir wollen sie im Andenken an die Millionen Toten auf den Schlachtfeldern, in den Konzentrationsla-

gern und unter den Trümmern der Städte im Geiste der Versöhnlichkeit einer wahren Gemeinschaft unseres Volkes durchführen.

Anlage 13

Erklärung von Walter Fisch für die KPD-Fraktion

Sehr geehrte Damen und Herren!

Im Namen der Kommunistischen Partei begrüße ich den Zusammentritt des Landesausschusses für Groß-Hessen und wünsche ihm für seine Arbeit einen vollen Erfolg. Wir [begrüßen ihn] insbesondere als einen ersten Schritt zur Herstellung einer demokratischen Ordnung im Lande Groß-Hessen und [...] zur Anteilnahme der gesamten Bevölkerung an der Verantwortung für die gesetzliche Regelung ihres täglichen Lebens. Zwar ist der Landesausschuß noch kein Parlament im eigentlichen Sinne, das Beschlüsse fassen könnte, die für das Staatsministerium verpflichtend sind. Trotzdem muß es möglich sein, dem Landesausschuß, der die verantwortungsvolle Rolle eines Vorparlaments übernimmt, die Autorität einzuräumen und seinen Vorschlägen und seiner Kritik die Bedeutung zuzumessen, die einer, wenn auch nur vorläufigen, Volksvertretung gebührt.

Hinter uns liegt eine düstere Zeit. Das deutsche Großkapital, verbunden mit dem reaktionären Junkertum, gestützt auf die verhängnisvolle Verblendung eines beträchtlichen Teils unseres Volkes, hat es zuwege gebracht, eine Bande von Verbrechern mit dem Namen einer nationalsozialistischen Regierung an die Macht zu bringen. Die umfassendste Katastrophe, die die Geschichte Deutschlands kennt, war die Folge: Trümmer und Zerstörung, namenloses Leid und eine geistige Verwirrung ohnegleichen blieben uns hinterlassen. Nur mit Aufbietung übermenschlicher Kraft, aber auch nur mit einem klaren und konstruktiven Programm für den Neubau unseres politischen Lebens werden wir befähigt sein, das Riesenmaß der Aufgaben, die den Weg aus der Katastrophe begleiten, zu bewältigen.

Schon einmal, als im Jahre 1918 der revolutionäre Elan der Arbeiterschaft und der heimkehrenden Soldaten einige Dutzend deutscher Fürstenthronen beiseite fegte, hat das deutsche Volk die große Gelegenheit verpaßt, auf den Trümmern eines bankrotten Systems eine starke und dauerhafte demokratische Ordnung aufzurichten. Die Weimarer Verfassung wurde, obwohl sie in ihrem Text einen bedeutsamen geschichtlichen Fortschritt dokumentierte, in entscheidenden Fragen unserer politischen und wirtschaftlichen Existenz niemals zur Wirklichkeit. Es blieb den reaktionären Elementen, die vor allem in der Wirtschaft und in den Militär- und Zivilverwaltungsstellen ihre Positionen halten konnten, belassen, die Freiheiten einer formellen Demokratie auszunutzen, um die Herrschaft des Faschismus und einen neuen Weltkrieg vorzubereiten. Diese Lehren der Vergangenheit verlangen von uns gebieterisch, daß wir heute von der uns durch den Sieg der Vereinten Nationen erneut gebotenen Möglichkeit zum Aufbau einer echten und lebensfähigen Demokratie besseren Gebrauch machen als damals. Es wird uns nichts nützen, beim Schlagwort der Säuberung stehen-

zubleiben, diese womöglich nur halb oder gar schematisch durchzuführen; es wird uns auch nichts nützen, nur kurzsichtige Flickarbeit zu leisten und mit der Auflegung kleiner Pflästerchen die Verhältnisse von vor 1933 wiederherzustellen; es geht vielmehr darum, in den entscheidenden Gebieten unseres gesellschaftlichen Daseins, in der Wirtschaft, in der Verwaltung, im sozialen und kulturellen Leben, neue Formen zu schaffen, die von wahrhaft demokratischem Geiste erfüllt sind. Dies aber wird nur geschehen, wenn sich in unserem Volk eine elementare Welle der Aktivität und der verantwortungsbewußten Mitarbeit erhebt. Es wird eine der entscheidenden Aufgaben des Landesausschusses sein, daß er zu einem lebendigen Bindeglied zwischen dem Volkswillen und der Volkskontrolle und der Landesregierung wird und somit die Gewähr dafür schafft, daß die Neuordnung im Lande nicht durch die Privilegien einer volksfremden Bürokratie, sondern durch die engste Zusammenarbeit zwischen Volk und Regierung gekennzeichnet ist.

Die Kommunistische Partei, die im Kampf gegen Hitler die schwersten Opfer gebracht hat, ist heute zur verantwortlichen Mitarbeit am Aufbau unserer so schwergeprüften Heimat bereit. Sie wird, so wie draußen im Hessenlande, auch hier im Landesausschuß für entschlossene und kühne Maßnahmen eintreten, die unserem Volke die Existenz sichern und eine neue Konsolidierung reaktionärer Kräfte verhindern. Hierzu gehören klare Richtlinien für die beschleunigte Ingangsetzung und einheitliche Lenkung der industriellen und handwerklichen Produktion entsprechend den wirklichen Bedürfnissen der breiten Massen der Bevölkerung. Hierzu gehört die baldige Inkraftsetzung eines Betriebsrätegesetzes, das das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer bei der Entfaltung der Produktion gewährleistet. Die Entwicklung der Produktion muß so umfassend sein, daß sie auch der großen Zahl heimgekehrter Kriegsgefangener und Evakuiertes aus dem Osten die Möglichkeit zur Schaffung einer neuen Existenz bietet. Die Sicherung unserer Währundarf nicht wie 1923 auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung vor sich gehen". Die Verwaltung muß mit zuverlässigen demokratischen Kräften arbeiten, und der Landesausschuß wird bei der Beratung eines neuen Beamtengesetzes Gelegenheit haben, dafür zu sorgen, daß die neuen Angestellten des Öffentlichen Dienstes sich auszeichnen durch eine wirkliche Volksverbundenheit und nicht durch die Sonderstellung auf Grund überalterter Kastenvorrechte. Die Neugestaltung der Erziehung in unseren Volks-, Mittel- und Hochschulen muß entschlossen aufräumen mit dem geistigen und personellen Restbestand nazistischer und militaristischer Verseuchung. Dies aber wird nur möglich sein, hier wie auf allen anderen Gebieten staatlicher Autorität, wenn es gelingt, ein Massenaufgebot junger, unbelasteter und initiativ begabter Menschen heranzuschulen und einzugliedern.

Ich begrüße es aufrichtig, daß sich anläßlich der heutigen Versammlung alle vier Parteien bereit gefunden haben, gemeinsam ein flammendes Bekenntnis zur

^{sa} Der passive Widerstand gegen die französische Besetzung des Ruhrgebietes hatte in der wirtschaftlichen Krisensituation des Jahres 1923 zu einer verschärften Inflation geführt. Die Umstellung auf eine harte Währung zum Jahresende 1923 brachte für die arbeitende Bevölkerung keine Besserung, weil die nunmehr zwar stabile Währung zu einer hohen Arbeitslosigkeit und Lohnsenkungen führte. Vgl. Heiber, Republik, S. 150f.

Erhaltung und Sicherung der Reichseinheit und gegen jeden Separatismus abzuliegen. Die Erhaltung der Einheit des Reiches aber wird nur gelingen, wenn auch die Einheit des Volkes in der Bewältigung der Aufgaben eines demokratischen Neuaufbaues hergestellt wird. Ich möchte darum wünschen, daß, so wie heute, auch zukünftig in und außerhalb des Landesausschusses sich alle demokratischen Parteien zu einer positiven, von Parteiegoismus freien Zusammenarbeit bereit finden. Man kann verschiedener Meinung darüber sein, ob es zweckmäßig war, unser Volk mitten in der ersten schwersten Aufbauperiode mit einer Serie von Wahlkämpfen zu beschäftigen. Wollen wir Klarheit darüber schaffen, daß die Abgabe von Stimmzetteln allein nicht genügt, um eine starke und leistungsfähige Demokratie aufzurichten. Zwei Dinge sind es, auf die es in erster Linie ankommen wird: die Schaffung und Förderung von Beispielen entschlossener Initiative des Volkes, ein höchstes Maß von Mitverantwortung und politischem Weitblick seitens jedes einzelnen und andererseits die Schaffung solcher Gesetze, die, unbelastet von Vergangenen, mutig neue Wege weisen. Möge sich der Landesausschuß der großen Verantwortung, die gerade er hierbei trägt, bewußt sein. Mögen alle aufbauwilligen Kräfte zusammenstehen zur Erreichung des einen großen Zieles: die Wiedergewinnung der Achtung der freien Völker der Welt, die Errichtung eines freien demokratischen Deutschlands und die Öffnung des Weges in eine freie sozialistische Zukunft.

Anlage 14

Erklärung von Wilhelm Schwarzhaupt für die LDP-Fraktion

Im Namen der liberal-demokratischen Fraktion habe ich folgendes zu erläutern: Wir sind bereit, mit dem Herrn Ministerpräsidenten und seiner Regierung wie auch mit den drei anderen Parteien sachlich und vertrauensvoll zusammenzuarbeiten. Und wir sehen in dem Entgegenkommen, das der Herr Ministerpräsident den Wünschen und Forderungen der Parteien bei der Zusammensetzung des Landesausschusses gezeigt hat, den Beweis, daß die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den Parteien auch bei ihm besteht. Um so mehr bedauern wir die in letzter Zeit gegen den Herrn Ministerpräsidenten erhobenen Angriffe⁵⁵. Wir halten diese Angriffe für rechtlich unzulässig, für sachlich unbegründet und der ruhigen Entwicklung der politischen Verhältnisse und dem Ansehen der Demokratie abträglich.

⁵⁵ Der Abg. Schwarzhaupt spielt hier auf die Vorgänge nach den Gemeindewahlen vom Januar 1946 an, aus denen die SPD als Siegerin hervorgegangen war. Ihr Landesvorstand hatte nach dem Wahlsieg in einer Resolution vom 10. Februar 1946 den Wechsel in der Führung des Kabinetts, d.h. den Rücktritt von Ministerpräsident Geiler gefordert, und ihre Minister aus dem Kabinett zurückgezogen. Das Vorgehen der SPD brachte einen Rückschlag für die gemeinsame Zusammenarbeit der Parteien im Frankfurter „Aktionsausschuß der vier Parteien“. Die Militärregierung stellte sich hinter Geiler und machte deutlich, daß sie den Parteien erst nach der Landtagswahl eine größere Verantwortung bezüglich der Regierungsbildung einräumen wolle. Vgl. Kropat, Stunde Null, S. 104ff. und Einleitung, S. 10.

Obgleich dem Landesausschuß keine beschließende, sondern nur eine beratende Funktion zukommt, sehen wir in ihm doch den Schritt zur Gestaltung des demokratischen Lebens im staatlichen Aufbau Deutschlands. Wir begrüßen diesen Schritt, denn unser Volk muß erst wieder zur Demokratie zurückgeführt werden. Demokratie ist nicht nur das Recht eines Volkes, sein Schicksal selbst zu gestalten, sondern dieses schließt [vor allem] die Verantwortung jedes einzelnen Staatsbürgers in sich, mit Hand anzulegen bei dieser Aufgabe. Dieses Recht ist unserem Volk zwölf Jahre lang vorenthalten worden, und damit ist leider in weiten Schichten der Wille zur Verantwortung geschwächt worden oder gar geschwunden. Diesen Willen [in unserem] Volk wieder zu wecken und lebendig zu machen, halten wir für eine notwendige erzieherische Aufgabe, die wir hier zu beginnen haben. Der Weg der Demokratie ist für lange Jahre mit vielen Hindernissen gepflastert. Der Trümmerhaufen, den uns ein verbrecherisches Regime hinterlassen hat, muß beseitigt werden. Das geht ohne schwere Arbeit und große Belastung, auch ohne manche Bitterkeit, nicht ab. Und manche unpopulären Maßnahmen werden der Demokratie zur Last gelegt, die nur eine unvermeidbare Folge des Unheils sind, die der Nationalsozialismus heraufbeschworen hat. Aber wir sind nicht hier, um schöne Versprechungen zu machen, sondern um notwendige Arbeit zu leisten.

Über diese Arbeit haben wir die Ausführungen der Herren Fachminister gehört. Wir werden zu ihnen in den Fachausschüssen Stellung zu nehmen haben. Für heute weisen wir nur auf einige Aufgaben hin, die aber von besonderer Dringlichkeit zu sein scheinen.

An erster Stelle steht die Beseitigung der Wohnungsnot, die verstärkt wird durch den Zustrom der Ostflüchtlinge. Ihnen eine neue Heimat zu schaffen, ist Verpflichtung für uns alle, und wir hoffen, daß in absehbarer Zeit auch wieder Neubauten für Wohnungen erstellt werden dürfen. In engem Zusammenhang damit steht das Problem der Bauernsiedlung. Wir wünschen, daß sie unter Schonung des eingessenen Bauerntums und unter Achtung der Sicherheit des Privateigentums durchgeführt wird. Wo Enteignungen für Siedlungszwecke nötig werden, ist eine angemessene Entschädigung zu zahlen.

Alle Bestrebungen, die großen Schwierigkeiten zu beseitigen, die der Industrie und dem Handwerk durch Rohstoffmangel und Mangel an [...] Arbeitskräften und Verkehrsmitteln entstehen, finden unsere lebhafteste Unterstützung.

Wir sind uns bewußt, daß große steuerliche Belastungen unseres Volkes bevorstehen. Aber um so größer die Lasten, um so dringender ist zu fordern, daß sie gerecht, das heißt der Leistungsfähigkeit entsprechend, verteilt werden, daß in allen öffentlichen Verwaltungen größte Sparsamkeit herrscht und jeder bürokratische Leerlauf vermieden wird. Die Lasten werden leichter getragen werden, wenn sie zur Stabilisierung der Währung beitragen. Eine feste Währung wird nicht nur Beruhigung in die Bevölkerung tragen, daß das unsinnige Horten des Kleingeldes aufhört, sie wird auch dem schwarzen Markt mit seinen wirtschaftlichen und unmoralischen Schäden ein Ende machen. Vor allem aber wird sie die Initiative des soliden Unternehmers anregen und damit die gesamte Wirtschaft beleben und in ruhige Bahnen lenken.

Auf dem gesamten Gebiet des Wirtschaftslebens [...] das Gebot der Sozialen Gerechtigkeit Wirklichkeit werden zu lassen, erkennen wir gleichermaßen

ßen als religiöse und vaterländische Verpflichtung an. Hier soll der liberale Gedanke von Wert und Recht der Persönlichkeit zur Geltung kommen. Das Wichtigste in der Wirtschaft ist nicht das Produkt oder das Kapital, sondern der schaffende Mensch, gleichviel an welcher Stelle er steht. Wir erwarten Maßnahmen, durch die die Kriegsoffer bevorzugt in Arbeitsstellen eingewiesen werden. Wir hoffen, daß das in Aussicht stehende Entnazifizierungsgesetz Möglichkeiten zuläßt, durch die Menschen, [die], ohne Militaristen oder Aktivisten zu sein, aus geringfügigen Ursachen aus ihren Stellen entfernt werden mußten, nun wieder allmählich Gelegenheit finden, sich in der Arbeit zu bewähren und allmählich wieder in den Arbeitsprozeß, in Staat, Gemeinde und Wirtschaft eingegliedert werden.

So wichtig diese Aufgaben sind, ebenso wichtig ist die, ich möchte sagen, in die Tiefe des deutschen Wesens gehende seelische Erneuerung unseres Volkes. Hier sind in den zwölf Jahren der Naziherrschaft Verwüstungen durch Lüge, Verlockung und Terror angerichtet worden, an deren Ausmerzung wir Jahrzehnte zu arbeiten haben werden. Wir weisen hier auf die Rechtsunsicherheit unter der Tyrannei des Nationalsozialismus hin, auf die Zerstörung der Achtung vor dem Gesetz, auf die Vernichtung des Rechtsgefühls. [Sie müssen] wiederhergestellt werden, zur Aufrichtung eines geordneten Gemeinschaftslebens. Ihre tiefste Verankerung aber werden auch sie erhalten durch ihre Verwurzelung im Religiösen, in der Ethik des Christentums. Die göttlichen Gebote wieder zum Maßstab allen Denkens und Handelns zu machen, ist notwendig zur Gesundung der deutschen Seele.

Zu den schwersten erzieherischen Aufgaben gehört die Gewinnung der Jugend für den demokratischen Staatsgedanken. Erzogen im totalen, sogenannten autoritären Staat, vielfach zur Verachtung der Lebenserfahrung des Alters wie der religiösen Lehren aufgefordert, stehen die jungen Menschen den neuen, doch vielfach noch recht unbefriedigenden Verhältnissen fremd gegenüber. Sie sind Wanderer in oder zwischen zwei Welten. Wir wollen Verständnis und Geduld für sie haben, wenn sie in schweren inneren Kämpfen stehen und sich noch nicht zurechtfinden.

Unter Einheitsstaat verstehen wir nicht ein föderalistisch zusammengehaltenes Gebilde einzelner deutscher Staaten, sondern einen von dem politischen Willen einer starken Zentralregierung geführten Staat, in den [sich] die Landesteile als große Selbstverwaltungskörper eingliedern.

Unser Volk hat im Laufe einer vielhundertjährigen Geschichte der Menschheit viel Großes und Schönes in Kunst und Wissenschaft gegeben. Die Schöpfungen eines Dürer, Bach, Beethoven, die Weisheit Kants, das Lebenswerk Goethes sind Geschenke des deutschen Volkes an die Kulturmenschheit.

Die Quellen solcher Schöpfungen sind verschüttet, aber sie sind nicht versiegt. Unser Volk wird wieder zu sich zurückfinden. Durch Werke der Kultur wollen wir uns wieder die Achtung der Völker erringen, um die uns der Nationalsozialismus freventlich gebracht hat, und mit der Achtung *werden* wir das Vertrauen zurückgewinnen, das uns zurückführt in die Gemeinschaft der Völker.